

# Ko(f)ra

59

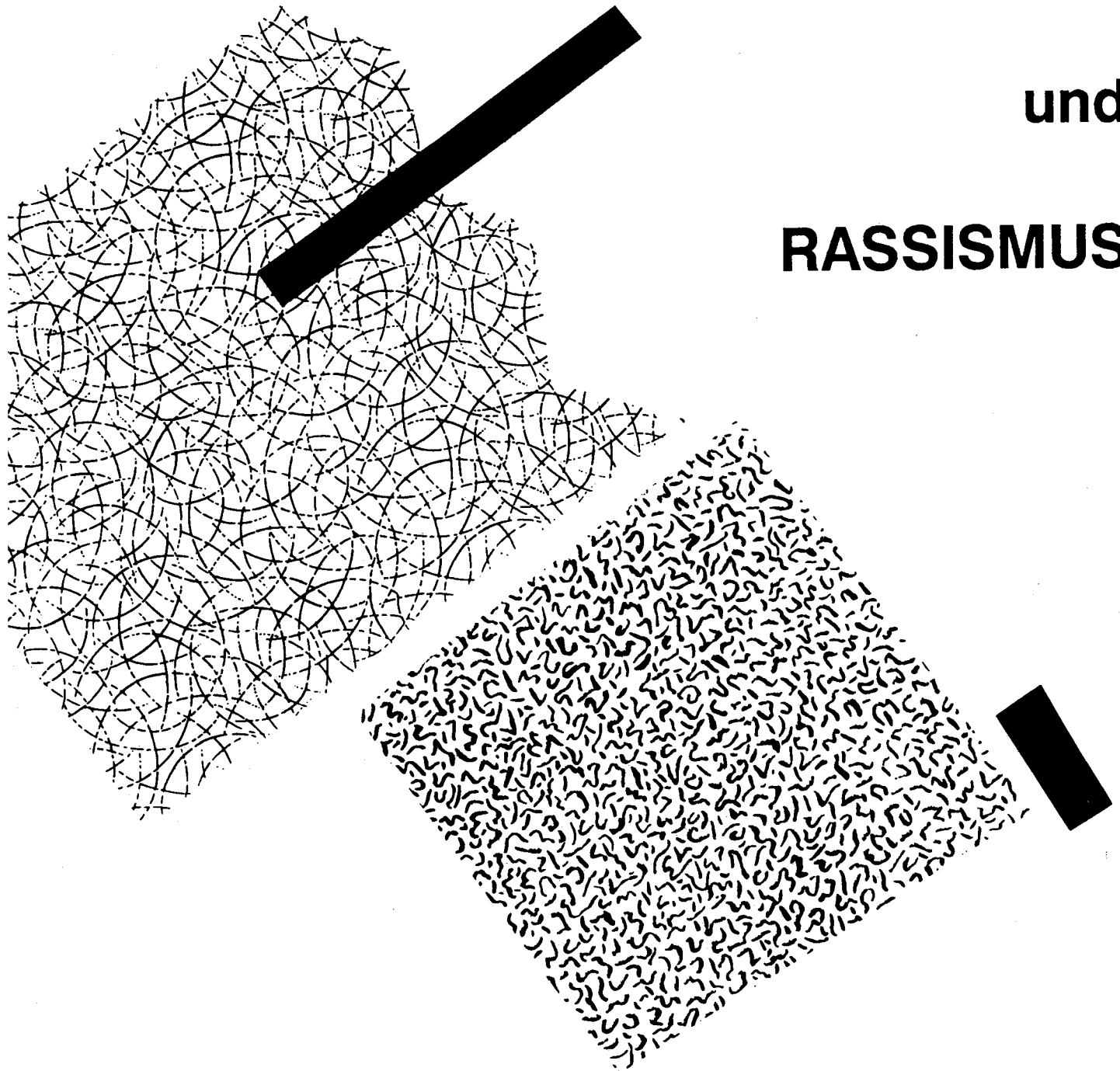
Zeitschrift für  
Feminismus  
und Arbeit  
Aug./Sept. 1992  
10. Jg.

Beiträge zu

**RECHTSRADIKALISMUS**

und

**RASSISMUS**



<b>RASSISMUS IN DER ASYLPOLITIK</b>	<b>S.4</b>
<b>FREMDENFINDLICHKEIT, RECHTSRADIKALISMUS UND GESCHLECHTERFRAGE</b>	<b>S.9</b>
<b>MOMENTAUFNAHMEN DER PROBLEME FEMINISTISCHER ANTIFA-POLITIK</b>	<b>S.19</b>
<b>THEMEN</b>	<b>S.25</b>
Gegen die Kriminalisierung von Frauen durch eine neue "Jugendschutzvorschrift" S.25	
<b>LITERATUR</b>	<b>S.27</b>
Lehrstück einer unauffälligen Vergewaltigung S.27	
Vergewaltigung S.28, Mädchen in der Jugendhilfe S.29, Wider das schlichte Vergessen S.29	

**IMPRESSUM:**

Herausgeberin: Kommunikationszentrum für Frauen zur Arbeitssituation e.V.  
Baldestr.8, 8000 München 5, Tel. 089/20 10 450

**Redaktion:**

Anita Heiliger, Annette Stehr, Ulrike Gerhart

**Beiträge in dieser Ausgabe von:**

Lili Schlumberger-Dogu, Theresa Wobbe, Ursel Döhmann, Anita Heiliger

**Umschlaggestaltung:** Monika Neuser

**Satz:** Annette Stehr

**Layout:** Annette Stehr

**Druck:** Top Service, München

Nachdruck erwünscht, aber bitte mit genauer Quellenangabe.

**JAHRESABONNEMENT:**

6 Ausgaben in 2-monatiger Folge zum Preis von 26.- DM incl. Porto. Das Abo verlängert sich jeweils um ein weiteres Jahr, wenn es nicht 6 Wochen vor Beendigung gekündigt wird.

Bankverbindung: Bank für Sozialwirtschaft, Kontonummer 78 055 00, BLZ 700 205 00

**Editorial**

Daß die Würde des Menschen durchaus antastbar ist, verdeutlichen wieder die Ausschreitungen der letzten Zeit im vereinten Deutschland. Daß mit der Menschenwürde ohnehin nicht Frauenwürde gemeint ist, erfahren Frauen alltäglich weltweit und auch hierzulande. Rassismus kommt immer Hand in Hand mit Sexismus und der Repression von Frauen-Selbstbestimmung. Es ist nur eine Frage der Zeit, wann das politisch reaktionäre Klima für alle die "anders" sind, d.h. nicht der weiß-patriarchalen Norm entsprechen - hautnah zur Bedrohung wird.

Wohin schweigende Betroffenheit und betroffenes Schweigen führen können, lehrt die Deutsche Geschichte in grauenvoller Weise.

Angesichts der anwachsenden neonazistischen/rassistischen Übergriffe, welche staatlicherseits durch die Anti-Asyl-Debatte gefördert werden, ist auch die 2. deutsche Frauenbewegung gefordert, Zeichen zu setzen und Solidarität mit den rassistisch Verfolgten zu zeigen.

**"Wenn nicht jetzt - wann dann?"** Mit dieser Frage eröffneten wir im Kofra am 8. Mai (dem Tag der Befreiung Deutschlands von der Nazi-Diktatur) eine zweimonatige Veranstaltungsreihe mit Vorträgen, Filmen und Diskussionsrunden in Kooperation mit dem Frauenreferat der bayer. Grünen und der FrauenAnstiftung/Hamburg. In dieser Ausgabe der Kofra-Zeitung dokumentieren wir einen Teil der Vorträge, in denen die jeweiligen Referentinnen Stellung beziehen zu dem durch die Anti-Asyl-Debatte politisch geschürtem Rassismus und den daraus entstehenden Folgen für asylsuchende Frauen (Lili Schlumberger-Dogu, München), zum Rechtsradikalismus im Hinblick auf die Geschlechterfrage (Theresa Wobbe, Berlin) und zu Problemen der feministischen antifaschistischen Politik (Ursel Döhmman, Siegburg). Der Vortrag von Pierette Herzberger-Fofana (Erlangen/Senegal) zum Thema "Rassismus/Sexismus: die besondere Unterdrückung der afrikansichen Frau in der BRD" ging sehr schnell in eine angeregte Diskussion zwischen den anwesenden Schwarzen und weißen Frauen über, deren Komplexität wir hier nicht weidergeben können. Dieses (Streit-)Gespräch zeigte wieder einmal in aller Deutlichkeit, wie wenig sich viele weiße Frauen mit ihrem eigenen unbewußten ganz "alltäglichen" Rassismus bisher auseinandergesetzt haben.

Im Rahmen der Veranstaltungsreihe hatten wir bereits zum zweiten mal auch Ilse Rewald aus Berlin bei uns, die der Frage nachging, ob Zivilcourage ein typisch deutsches Problem sei. Ilse Rewald ist Jüdin und überlebte mit ihrem Mann den Nazi-Terror in Berlin in der Illegalität. Ihre Lebensgeschichte ist in einer Broschüre der Gedenkstätte Deutscher Widerstand nachzulesen und kann dort unentgeltlich angefordert werden (Ilse Rewald: Berliner, die uns halfen, die Hitlerdiktatur zu überleben. Gedenkstätte Deutscher Widerstand, Stauffenbergstr.11-14, 1000 Berlin 30)

---

# Rassismus in der Asylpolitik

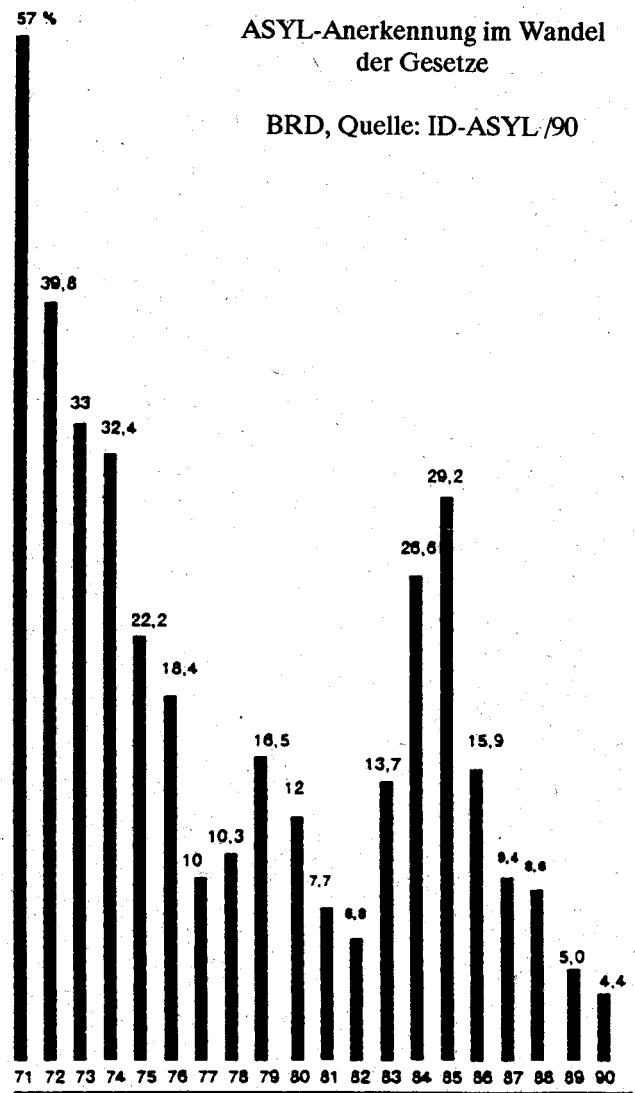
*Lili Schlumberger-Dogu*

## Abschreckungspolitik seit 1980

Seit 1980 wurde das Asylverfahrensgesetz elfmal verändert, immer restriktiv zu Lasten der Flüchtlinge. Seit 1986 vergeht kein Wahlkampf, in dem die "Asylantenflut" nicht von den Unionsparteien und den neofaschistischen Gruppen in den Mittelpunkt gestellt wird. Und die Sozialdemokratie zieht mit, wenn etwa Björn Engholm 1991 die dringend anstehende "Lösung des Asylproblems" als "Schicksalsfrage unserer Nation" bezeichnet hat.

Obwohl wir das Recht auf Asyl in der Verfassung verankert haben ("Politisch Verfolgte genießen Asyl" Art. 16,2) und durch internationale Abkommen, v.a. die Genfer Flüchtlingskonvention, verpflichtet sind, Flüchtlinge aufzunehmen, wurde durch Grundsatzurteile des Bundesverwaltungsgerichts das Asylrecht in den letzten 10 Jahren eingeschränkt: Um Beispiele dafür zu nennen: Flucht vor drohender Folter gilt nicht als Asylgrund bei Herkunftsländern, in denen Folter Teil des "normalen" Polizeivorgehens ist (das Urteil bezogen auf Türkei). Flucht aus Kriegen und Bürgerkriegen (40% aller Flüchtlinge in der BRD kommen aus Jugoslawien seit 1991) ist nicht asylrelevant. Flucht, weil sich Menschen von separatistischen Bewegungen gefährden (wie die KurdInnen), führt nicht zu Asyl. Und Flucht aus Gefährdung durch Teilnahme an politischen Parteien etc., die den "Bestand des Herkunftsstaates gefährden", ist nicht asylrelevant. Damit hätten weder die politischen noch die jüdischen Flüchtlinge aus dem deutschen Faschismus heute eine Chance auf Asyl, bis auf wenige Ausnahmen. Diese Urteile führe ich so ausführlich an, um zu zeigen, daß die Erst-

anerkennungsquote bewußt gesenkt wurde (s. Graphik), so daß das Gerede von "95% Scheinasylanten" pure Hetze ist. 1989 konnten ca. 70% aller Menschen, die in die Bundesrepublik flohen, ein Bleiberecht bekommen, viele allerdings die völlig unzureichende "Duldung aus humanitären Gründen", denn diese ist kein gesichertes Bleiberecht, oft auf einen Ort/ein Land begrenzt und in Bayern häufig nur für 3 bzw. 6 Monate ausgesprochen.



Aus aktuellem Anlaß möchte ich noch etwas detaillierter auf das neue Asylverfahrensgesetz eingehen, das mit den SPD-Abgeordneten (bei nur 5 Gegenstimmen!) verabschiedet wurde und ab 1. Juli in Kraft tritt: Es sieht vor, alle Flüchtlinge für die ersten 3 Monate in riesigen Sammellagern unterzubringen (Richtgröße: mindestens 500 Menschen pro Lager. In Schnellverfahren sollen die "offensichtlich unbegründeten Asylanträge" (derzeit ca. 30%) abgelehnt werden. Die Klagemöglichkeit gegen eine "offensichtlich unbegründete" Ablehnung ist sehr verkürzt worden, der Rechtsweg, für Grundrechte wie Art. 16,2 garantiert, ist für diese Anträge abgeschafft worden. Wir wissen von vielen Fällen, in denen verfolgte Menschen in Bayern als "offensichtlich unbegründete" Antragssteller abgelehnt wurden. Eine Hilfe durch AnwältInnen oder Flüchtlingsorganisationen ist in diesen Großlagern nicht mehr möglich. Geplant sind Schnellabschiebungen ohne Protest der Öffentlichkeit. Über diese "offensichtlich unbegründeten" Fälle entscheiden Einzelrichter, eine weitere Klage ist nicht möglich. Die Lagerleitungen haben Polizeibefugnisse, etwas, was es seit dem Faschismus in Deutschland nicht mehr gab.

Obwohl in einer Expertenanhörung fast alle ExpertInnen, v.a. viele JuristInnen, das Gesetz als verfassungswidrig bezeichneten, wurde es verabschiedet.

Begleitet wurde diese Politik der Einschränkung des Asylrechts durch die sogenannten "Abschreckungsmaßnahmen", die im Kern rassistisch sind, und in Bayern schon immer besonders restriktiv durchgesetzt werden. Flüchtlinge, die durch Visazwang und andere Maßnahmen nicht abgehalten werden, in die Bundesrepublik zu fliehen, werden sozial diskriminiert mit dem erklärten Ziel, bis zur Entscheidung ihres Antrages "nicht integriert" zu werden.

Ihre Diskriminierung und Ausgrenzung soll andere davor abschrecken, in die Bundesrepublik zu kommen. Diese Rechnung kann

natürlich nicht aufgehen, da weltweit immer mehr Menschen aus den unterschiedlichsten Gründen fliehen müssen: aus Hunger, rassistischer und sexistischer Verfolgung, vor Kriegen, aus ökologisch verseuchten Gebieten. Meistens mischen sich die Fluchtgründe, und die bei uns übliche Trennung von politischen und Wirtschaftsflüchtlingen kann so gar nicht vorgenommen werden. Nur ca. 5% all dieser Menschen erreichen die Länder Westeuropas.

Alle Menschen, die seit 1949 über Asylantrag in die Bundesrepublik gelangt sind und hier entweder als Asylberechtigte, Kontingentflüchtlinge oder mit humanitär begründetem Bleiberecht leben, sind immer noch die kleinste Gruppe der ImmigrantInnen. Eine genaue Zahl liegt nicht vor, da diejenigen, die in andere Länder weiterwandern, statistisch nicht erfaßt sind; nimmt man die offiziellen Zahlen, sind dies 1 Mio. Menschen in der (vereinten) Bundesrepublik.

Die **soziale Diskriminierung** "zum Zwecke der Abschreckung" in Bayern:

- Regelunterbringung in Sammellagern
- Gekürzte Sozialhilfe, da Flüchtlinge nicht gleiche kulturelle Bedürfnisse hätten wie gleichgestellte deutsche Sozialhilfeempfänger (so in Begründungen des Sozialministeriums).
- Kein Deutschunterricht während der Wartezeit, keine Möglichkeit zum Besuch weiterbildender Schulen oder Studium
- Keine Auszahlung der Sozialhilfe bis auf einen Betrag von 60 - 80 DM pro Person (Erwachsene), sondern Essenspakete oder Aluessen der billigsten Sorte
- Früher jahrelanges Arbeitsverbot, jetzt nach 3 Monaten eingeschränkter Arbeitserlaubnis (wenn sich kein "gleichgestellter Deutscher oder EG-Ausländer" für die Stelle findet - also schlechtbezahlte schwere Arbeit als SpülerIn, Putzfrau, auf dem Bau, als PflegehelferIn etc.)

Diese kurze und unvollständige Aufzählung kann nicht wiedergeben, was es für Flüchtlin-

ge bedeutet, in riesigen Sammelunterkünften, zusammengepfercht auf engstem Raum, ohne Rücksicht auf Nationalität und Religion, mit einer oft feindseligen deutschen Umgebung und ständiger Angst, nicht bleiben zu können und all diesen Diskriminierungen ausgesetzt zu sein. Auf den Ämtern und von der Polizei - die häufig in den Lagern Razzien durchführt - werden sie herablassend behandelt. Der riesige bürokratische Apparat, der dazu da ist, ihre Bevormundung, Diskriminierung und Ablehnung zu betreiben, muß ihnen undurchsichtig und sehr bedrohlich erscheinen.

### Rassistische Rechtfertigung

All diese Maßnahmen der Aushöhlung des Asylrechts und der Diskriminierung und Ausgrenzung der Flüchtlinge wurde und wird die letzten Jahre von rassistischer Hetze begleitet. Nicht nur, daß von "Asylantenflut" schon im Jahre 1983 die Rede war, als gerade 30.000 Flüchtlinge in die Bundesrepublik Deutschland flüchteten.

Flüchtlinge wurden als schuld an der Wohnungsnot bezeichnet, und zwar nicht nur von Neofaschisten, sondern von Ministerpräsident Streibl in Bayern 1989. Der bayerische Innenminister warnte vor der "Durchrassung und Durchmischung der Gesellschaft" und mehrfach vehement vor einer multikulturellen Gesellschaft, dem gleichberechtigten Zusammenleben von Deutschen mit ImmigrantInnen und Flüchtlingen.

Die multikulturelle Gesellschaft zerstört nach Stoiber "den Grundkonsens zur Lösung von Problemen", die "gesellschaftliche Solidarität im Sinne einer gewachsenen Verantwortungsgemeinschaft" ("Die Welt", 25.2.89). Gewachsen kann eine solche beschworene Gemeinschaft nur ethnisch sein, also nur die (nach Abstammung definierten) Deutschen können eine derartige Gemeinschaft bilden.

Als Identität wird eine ethnisch homogene deutsche Volksgemeinschaft beschworen, alles

andere stört die (angeblich natürlich gewachsene) Identität.

Der differentialistische Rassismus geht heute davon aus, daß jedes Volk seinen angestammten Platz hat, auf dem es lebt, daß Vermischung aber von Übel sei. Es gilt also, die behauptete Homogenität eines Volkes - der Deutschen - zu schützen und zu bewahren. Eine solche Argumentation finden wir bei allen Anti-Asyl-Politikern. Im folgenden zitieren wir dazu Eckart Schiffer, den Chefdenker für Ausländerpolitik von Bundesminister Schäuble" (nach "Konkret", Herbst 1991) Auf die Frage des "Spiegel" im Herbst 1991: "Welche Empfindungen werden ausgelöst, wenn von multikultureller Gesellschaft die Rede ist?" antwortete er: "Denken wir an Stadtteile, in denen wie in Ghettos eine fremde ... Bevölkerung lebt? ... An Demonstrationen fanatisierter Massen, die Europa auf das geistige Niveau des Mittelalters zurückbringen möchten?" Zwar "mache Reggae-Musik das kulturelle Konsumangebot bunter ... doch ändert dies nichts daran, daß ein übergreifendes Grundmuster von identitätsfindenden gemeinsamen Erinnerungen, Werthaltungen und Vorstellungen, die die (meisten) Deutschen als Angehörige einer Nation verbinden und die sie von Angehörigen anderer Nationen ... unterscheiden nicht gefährdet werden dürfe. Den "Fremden" wirft er hingegen vor, "ihr Wille zur Bewahrung der überkommenen kulturellen Identität" isolierenden Abwehrhaltung gegen deutsche kulturelle Einflüsse abzuschotten".

Dies muß Schiffer zur Rechtfertigung von Pogromen gegen Flüchtlinge führen: in den aktuellen Pogromen sieht er einen Beweis dafür, daß "die Bürger" ... es nicht hinnehmen, wenn sie ihre ureigene, am nächsten liegende Lebens- und Erfahrungssphäre durch Überfremdung gefährdet glauben. Heimat im Sinne einer Erhaltung vertrauter Umwelt ist, nicht zuletzt im Hinblick auf die Kürze des Lebens, so etwas wie ein kollektives Menschenrecht". Und das darf man wohl (auch

mit Gewalt) verteidigen: "Es darf insbesondere nicht dazu kommen, daß wir die Errungenschaften eines jahrhundertealten Kampfes der Europäer ... opfern, nur weil wir Scheu empfinden oder nicht den Mut haben, selbstsicherem religiösem Fanatismus fremder Provenienz entschlossen entgegenzutreten." Die Stigmatisierung aller Flüchtlinge als "Scheinasylanten" wie auch die Hetze gegen Menschen, die hier einwandern, als "fanatisch religiöse Masse" ist Rassismus und führt letztendlich dazu, die Opfer für ihre Verfolgung hier im Land selbst verantwortlich zu machen. Nach dem Beginn einer Gewaltwelle gegen Flüchtlinge und ImmigrantInnen ab September 1991, ausgelöst durch den "Sieg" über sie in Hoyerswerda, führte zwar bei vielen Menschen zu Betroffenheit, aber nicht bei den PolitikerInnen. Da war viel von "Rechtsstaat" die Rede, kaum etwas von Wiedergutmachung - sofern dies überhaupt möglich ist - bei den Opfern. Nein, diese wurden beschuldigt, selbst schuld zu sein, denn nach Innenminister Schäuble u.a. ermöglicht erst die rigorose Beendigung des "massenhaften Asylmißbrauchs", daß die "Deutschen wieder ausländerfreundlich" werden.

Dieser offizielle Rassismus wird zwar besonders von den Unionsparteien, insbesondere der CSU, und den neofaschistischen Parteien vorangetrieben, aber leider häufen sich auch rassistische Äußerungen bei SPD-PolitikerInnen und das "Asylproblem" wird zu einem gemacht und hochstilisiert, wenn etwa Björn Engholm 1991 ausführte, es sei eine "Schicksalsfrage unserer Nation", wie wir das Asylproblem lösen könnten.

Durch eine solche Politik führender Politiker dieses Landes müssen sich Gewalttäter ermuntert fühlen, Flüchtlinge anzugreifen. Aber auch der alltägliche Rassismus in Form von Anmache und Aggression steigt an, wie besonders schwarze Menschen uns berichten.

Anstatt davon auszugehen, daß wir schon

immer ein Einwanderungsland sind und daß wir verpflichtet sind, Flüchtlinge aufzunehmen, führt die Abschreckungspolitik verbunden mit rassistischen Äußerungen dazu, daß von Ursachen der Flucht - v.a. der ungerechten Weltwirtschaftsordnung - wie auch von sozialen Problemen im Inneren abgelenkt wird. Wenn heute 43% aller Westdeutschen das Asylproblem als wesentlichstes Problem ansehen (Anfang der 80iger Jahre waren es nur einige wenige Prozent), dann ist diese jahrelange Anti-Asyl-Politik in den Köpfen der Menschen angekommen.

### Frauen auf der Flucht

Weltweit sind nach Schätzungen der UNO mehr Frauen auf der Flucht als Männer. In die westeuropäischen Länder und damit auch in die Bundesrepublik gelangen aber weniger Frauen. Eine genaue Statistik gibt es nicht, geschätzt wird ihr Anteil auf 30-40% der Flüchtlinge hier.

Patriarchale Strukturen im Herkunftsland führen dazu, daß Frauen weniger Geldmittel besitzen als Männer (eine Flucht nach Westeuropa kostet heute zwischen 5000 und 10.000 DM). Sind Kinder gefährdet, wird das Geld für die Flucht des Sohnes noch zusammengebracht, nicht für die Tochter.

Frauen fliehen aus unterschiedlichsten Gründen. Wurden sie gefoltert, war diese Folter in den allermeisten Fällen mit Vergewaltigung, Beschädigung der Geschlechtsteile und anderer sexistischer Gewalt verbunden. In vielen Ländern dieser Welt dürfen Frauen sich nicht frei bewegen, sind vielerlei sexistischer Gewalt und Unterdrückung ausgesetzt. So zum Beispiel im Iran. Fliehen Frauen aus diesen Verhältnissen, wird dies nicht als Asylgrund anerkannt. Es ist also dringend zu fordern, daß sexistische Unterdrückung und Gewalt als asylrelevant anerkannt werden. D.h. Sexismus und Flucht davor müssen unbedingt als Asylgrund Anerkennung finden.

Die Unterdrückung im Herkunftsland wird hier durch die Unterdrückung im Asylverfahren fortgesetzt. Es gibt wenige Anhörerinnen im Bundestag, wenig Richterinnen und wenig weibliche Beschäftigte bei den Ausländerämtern. Es ist durchaus nicht üblich, daß Frauen von Frauen interviewt werden. Nach dem neuen Asylverfahrensgesetz ist die wesentliche Anhörung 1 Woche nach Einreise, dort muß der/die BewerberIn alles vorbringen, was für Asyl erheblich ist, aber auch alle Tatbestände, die vor einer zukünftigen Abschiebung schützen. Für Frauen ist dies besonders schwer, ja unmöglich, z.B. sexistische Folter/Verfolgung einem Mann zu schildern. D.h. die Forderung von amnesty international und anderen Flüchtlingsorganisationen, **Frauen im gesamten Verfahren als Anhörerinnen, Richterinnen** usw. gegenüberzustellen, muß unbedingt durchgesetzt werden. Einer der wenigen Pluspunkte des neuen Ausländergesetzes von 1991 ist, daß Familiangehörige bei Asylanerkannten auch Asyl erhalten. Dies gilt aber nicht für die große Anzahl von Flüchtlingen, die ein humanitäres Bleiberecht erhalten. Auch ihre Männer, Frauen und Kinder müssen unbedingt bleiben können.

Neben dem männlich bestimmten Asylverfahren sind Frauen mehr noch als Männer durch die **soziale Diskriminierung** während der Wartezeit betroffen. In vielen Sammellagern sind alleinlebende Frauen mit alleinlebenden Männern im selben Flur untergebracht, müssen sich oft Toiletten und Duschen teilen. Viele Frauen sind dadurch völlig verängstigt und trauen sich fast nicht mehr aus dem Zimmer. Für Frauen und Kinder ist die Lagersituation besonders nachteilig. Männer finden meist Arbeit und lernen schneller deutsch, den Frauen wird der schwierige Lageralltag und die Sorge für die Kinder, für die kein Platz zum Spielen da ist, überlassen.

Es gibt einige Ansätze für Frauengruppen und Kinderbetreuung bei den Sammellagern, dies ist aber viel zu wenig. Viele Frauen brau-

chen lange Zeit, bis sie ihre Probleme vielleicht deutschen Frauen anvertrauen. Deutsche Frauen hindert oft ihr europäisch geprägtes Weltbild daran, Verständnis für die Probleme der Flüchtlingsfrauen zu zeigen. Es gibt zu wenig ImmigrantInnen-Organisationen, die ihnen beistehen könnten. Besonders auf dem Land sind sie oft völlig isoliert. Wenn unter den schwierigen Bedingungen der Flucht und des Asylalltags hier Ehen auseinanderbrechen, stehen die Frauen oft völlig allein da, ohne Mittel und ohne gesicherten Aufenthalt. Es gibt zu wenige Plätze in Frauenhäusern und ähnlichen Einrichtungen, um diesen Frauen aus der schlimmsten Not zu helfen.

Wenn hier viel von Hilfe die Rede ist, heißt das überhaupt nicht, daß wir deutschen Frauen die Helferinnen sein sollen, die Flüchtlingsfrauen das Objekt. Sie haben in politischen Auseinandersetzungen im Herkunftsland und im schwierigen Alltag eine große Stärke und Zähigkeit entwickelt, von der wir durchaus lernen sollten.

In der Öffentlichkeit erscheint Asyl als Männerproblem, da in Deutschland relativ viele alleinstehende junge Männer Asyl beantragen. Es müssen Möglichkeiten geschaffen werden, Flüchtlingsfrauen wahrzunehmen, am besten indem sie selbst über ihre Erfahrungen in der Öffentlichkeit berichten bzw. ihnen Gelegenheiten zur Selbstorganisation gegeben werden.

*Lili Schlumberger ist*

*Sprecherin des Bayer. Flüchtlingsrates*

*Informationen zum Thema u.a. bei:*

Amt des Hohen Flüchtlingskommissars der UNO (UNHCR), Rheinallee 6, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/364011

amnesty international, Referat für politische Flüchtlinge, Postfach 170229, 5300 Bonn 1, Tel. 0228/650981  
Pro Asyl, bundesweite Arbeitsgemeinschaft für Flüchtlinge, Neue Schlesingergasse 22-24, 6000 Frankfurt/M 1, Tel. 069/293160 (Auch Koordination der Landes-Flüchtlingsräte).

Lage in Bayern, Koordination der Asylinitiativen: Bayerischer Flüchtlingsrat, Daiserstr.9, 8000 München 70, Tel. 089/7257774



# Fremdenfeindlichkeit, Rechtsradikalismus und Geschlechterfrage

**Theresa Wobbe:**

## I.

In den letzten Jahren und besonders seit der Vereinigung hat die Thematik des Rechtsradikalismus eine zunehmende öffentliche Aufmerksamkeit erhalten. Die Veränderung des politischen Klimas, die drastische Zunahme gewalttätiger Manifestationen gegen AsylbewerberInnen und AusländerInnen, die Tolerierung und Akklamierung dieser Angriffe durch Teile der Bevölkerung, der Bruch mit Tabus und die alltäglichen Zumutungen rassistischer Gewalt werden von Medien, Buchmarkt und Wissenschaften inzwischen wahrgenommen und unter unterschiedlichen Gesichtspunkten verhandelt.<sup>1</sup> In der sozialwissenschaftlichen Debatte wird hauptsächlich über den Zusammenhang von Rechtsradikalismus und Jugendgewalt nachgedacht. Für diesen Zusammenhang werden vor allem vier große Erklärungsstränge angeboten. Die modernisierungskritische Erklärung verweist mit dem Stichwort der 'Risikogesellschaft' (Ulrich Beck) auf neue Formen der sozialen Ungleichheit, indem gesellschaftliche und soziale Risiken zunehmend individualisiert und individuell erlebt werden. Hiermit verbinden sich Probleme von Erwerbslosigkeit, Wohnungsnot, beruflicher und biographischer Perspektivlosigkeit. Ein zweiter Erklärungsstrang hebt die sozialräumliche Veränderung in den Großstädten hervor. Hier stehen Polarisierungs- und Marginalisierungsprozesse im Mittelpunkt, die aufgrund der damit verbundenen destruktiven Momente Lebenswelten von Jugendlichen verändern. Ein dritter sozialisationstheoretischer Erklärungsstrang geht von Identitätsbrüchen und damit verbundenen Schwierigkeiten jugend-

licher Orientierung aus, und untersucht die Phänomene von Gewalt und Rechtsradikalismus u.a. in ihrer Verbindung mit Lebensstilen. Die multikulturelle Deutung pointiert die spezifischen Problemlagen von Jugendlichen, die nun in der 2. und 3. Generation in Deutschland leben. Der Zusammenschluß zu Jugendgruppen und Jugendbanden wird in diesem Zusammenhang als Reaktion sowohl auf die eigenen Väter und deren Norm als auch auf die deutsche diskriminierende Gesellschaft interpretiert.

In allen diesen Erklärungsrichtungen wird gesagt oder ungesagt von männlichen Jugendlichen ausgegangen. Die Frage des Geschlechterverhältnisses und des Geschlechterunterschiedes ist für die Untersuchungen nicht relevant. Erst in neueren Umfragen wird bei einigen Fragekomplexen nach Männern und Frauen unterschieden. Sie zeigen, daß Männer und Frauen quantitativ unterschiedlich in rechtsradikalen Gruppen organisiert sind, bzw. daß die Orientierung an rechtsradikalen Gruppen und politischen Mustern geschlechterspezifisch unterschiedlich verteilt ist.

Mich interessiert, ob die geschlechtsspezifischen Unterschiede hinsichtlich rechtsradikaler Einstellungsmuster und Organisation, Auskunft über die Repräsentation und Verteilung der Geschlechter im sozialen Raum geben können. Konfliktlinien und -themen, die mit Rechtsradikalismus zu tun haben, verlaufen entlang definierter Merkmale des Geschlechts, der Rasse, der Ethnik, d.h. entlang der Zeichen, die nicht beliebig verhandel- und aushandelbar sind, die nicht in der Ununterscheidbarkeit verschwinden. Es sind vielmehr konkret und direkt wahrnehmbare körperliche Unterschiede, die für die Strukturie-

zung der Grenzen von Zugehörigkeit im sozialen Raum relevant sind.<sup>2</sup>

Zuweisungen, die über das Geschlecht und über den Fremden verlaufen, haben ordnende Funktion und stellen somit Wegmarken der Orientierung dar, indem sie Nähe und Ferne, Vertrautheit und Fremdheit abmessen. Konfliktlinien, die mit Rechtsradikalismus zu tun haben, manifestieren sich in Einstellungsmustern, die im Bereich der Alltagswelt in politisch nicht motivierten Formen auftauchen. Da die Fremdenfeindlichkeit als Politisierung einen Kern von Rechtsradikalismus bildet, ist die Frage nach den Mustern von Fremdenfeindlichkeit und ihrer Verfügbarkeit für den Rechtsradikalismus wichtig. Im ersten Schritt werden am Beispiel von Wahl- und Umfrageergebnissen kurz Indikatoren für geschlechtsspezifisch unterschiedliche Einstellungsmuster skizziert. Anschließend wird anhand von Jugendgruppen die Frage gestellt, wie junge Frauen in diesen Zusammenhängen auftauchen und welche Relevanz die Geschlechterzuweisung hat. Im dritten Schritt werden einige Beispiele für das Durcheinandergeraten von sozialen Trennungslinien und Orientierungen im Aufeinandertreffen verschiedener kultureller Traditionen gegeben. Die symbolische Vernüpfung des Bildes vom anderen Geschlecht mit der Figur des Fremden ist dabei wichtig. Die geschlechtsspezifisch unterschiedliche Bedeutung von Gewalt als Verletzungsmacht im sozialen Raum soll abschließend einen Hinweis auf die Verschiedenheit der Problemlagen nach Geschlecht geben. In diesem Zusammenhang kann illustriert werden, in welcher Weise sich die potentielle Verletzbarkeit von Frauen sprachlich in rassistischen Mustern manifestiert.

## II.

Zunächst einige Ergebnisse von Umfragen und Wahlforschungen. Nach einer Umfrage der Berliner Ausländerbeauftragten antworten auf die Frage "Ausländer behaupten, sie

würden oft von Deutschen angepöbelt. Meinen Sie, daß dies häufig vorkommt?", mit Ja 77,9% der Frauen, aber nur 64,6% der Männer. Verneinen tun diese Frage 31,8% der Männer, aber nur 18,5% der Frauen. Frauen beantworten die Frage "Sollte die doppelte Staatsbürgerschaft zugelassen werden, um die Einbürgerung zu erleichtern?" 56,3% mit Ja; Männer beantworten diese Frage 47,4% mit Ja.<sup>3</sup>

Die unterschiedlichen Antworten, die diese Zahlen dokumentieren, werden durch andere Untersuchungen und Umfragen bestärkt. Der Jugendforscher Wilhelm Heitmeyer kam Mitte der 80er Jahre in seiner Studie über rechtsextremistische Orientierung bei ca. 1300 Schülerinnen und Schülern zu dem Ergebnis, daß Verhaltens- und Einstellungsmuster, die rechtsextremistischen Orientierungen zugeordnet werden, vor allem bei Jungen, weniger aber bei Mädchen anzutreffen sind.<sup>4</sup> Auswertungen von Wahlergebnissen zwischen 1989 und 1990 zeigen, daß der Anteil von weiblichen Wählern bei der Partei "Die Republikaner" proportional bis zu einem Drittel geringer ist als bei den männlichen Wählern, sodaß bei dieser Partei schon von einer 'Männerpartei' gesprochen wird.<sup>5</sup> Diese Unterschiede können nicht nur mit der üblichen Unterrepräsentanz von Frauen in formalen politischen Organisationen beantwortet werden. Die Frage nach geschlechtsspezifischen Unterschieden in der Parteipräferenz, Wahlbeteiligung und den Einstellungsmustern kann noch weitere Variablen mit ins Spiel bringen.

Die letzten Europawahlen 1989 zeigen, welche Rolle der Faktor des Alters für die unterschiedlichen Präferenzen der Geschlechter spielt. Der überdurchschnittliche Erfolg der Partei die "Republikaner" bei den Männern bezieht sich vor allem auf männliche Jungwähler. Die Stimmen der Frauen ab 45 Jahren machen einen größeren Anteil aus als die Stimmen der jungen Männer bis zu 35 Jahren. Weiteres Material, aus der Polit-Baro-

meter- Umfrage von Februar bis August 1989 machen noch präzisere Angaben über das Verhältnis von Alter, Geschlecht und Schulbildung für SympathisantInnen der Partei "Die Republikaner" möglich.<sup>6</sup>

Einmal zeigen sich bei den Männern mit einem geringen formalen Bildungsniveau Tendenzen zum Rechtsextremismus. In der Altersgruppe der 60jährigen Männer und Frauen mit einem formal höheren Bildungsabschluß (Abitur oder Hochschulstudium) wiederum findet sich eine erhöhte Tendenz, die Partei die "Republikaner" zu wählen. Die regional unterschiedlichen Auswertungen zeigen bei den Berliner Abgeordnetenhauswahlen oder der Frankfurter Kommunalwahl einen hohen Anteil von Jungwählerinnen (18-23), die im Unterschied zu den älteren Wählerinnen eher rechtsextrem votierten.

Zum Faktor der Wahlbeteiligung: Hier zeigt sich, daß das Jungwählerdefizit zu einem nicht geringen Maße durch das Jungwählerinnendefizit zustande kommt. Bei den letzten Kommunalwahlen in Nordrhein-Westfalen ging eine Minderheit der Jungwählerinnen (18-24), nämlich 44,9% von ihnen zur Wahl. Bei der Bundestagswahl 1990 gingen zwei Drittel der Jungwählerinnen der ehemaligen DDR nicht zur Wahl. Der große Anteil der Nichtwählerinnen rekrutiert sich aus den unteren Schichten mit einem geringen Bildungsabschluß. Nichtwählerinnen geben Auskunft darüber, daß familiäre Bindungen und Normorientierungen ihre zentrale Relevanz verloren haben und daß der Verlust in die Eingebundenheit des Familienmilieus dazu führt, mit den Eltern in den Einstellungsbereichen Moral, Politik, Sexualität, Sozialkontakte, Alter und Beruf nicht mehr übereinzustimmen. Jede fünfte Nichtwählerin und sogar jede vierte politisch uninteressierte Nichtwählerin, also 90% aus der Gesamtgruppe der Nichtwählerinnen, geben diese Antworten. Ähnliche Phänomene tauchen auch in Studien über Fußballfans und deren rechtsextremistische Einstellungsmuster auf. Verschiedene Stu-

dien der 80er Jahre zeigen die geschlechtsspezifisch unterschiedliche Verteilung von Gewaltbereitschaft, Tolerierung von Gewalt bzw. Distanz an. Untersuchungen von Anfang der 80er Jahre kommen zu dem Ergebnis, daß ein Viertel der Jugendlichen im Alter von 15-24 Jahren einen besonders hohen 'Authoritarismus-Wert' aufzeigt, davon sind 61% Jungen und 39% Mädchen. Die Distanz zu Nationalismus und fremdenfeindlichen Parolen - so Heitmeyer - ist bei Mädchen weitaus größer. Nach einer bayrischen Regionalstudie über arbeitslose Jugendliche betonen die befragten weiblichen Jugendlichen stärker die Werte von Gleichheit und lassen im niedrigeren Maß individualistische Einstellungen - die mit Nationalstolz korrelieren - erkennen. Ähnliche Ergebnisse zum Fragenkomplex Antisemitismus und Ausländerfeindschaft zeigt eine Erhebung des Deutschen Jugendinstituts in Leipzig. Von den Befragten meinen 60% der Jungen und 47% der Mädchen, daß es in Ostdeutschland "zu viel Ausländer" gebe.<sup>7</sup>

Wenn die Unterschiede nicht vorschnell als Indikator dafür genommen werden sollen, daß Frauen sich politisch und moralisch für andere Themen interessieren, nämlich Themen, die mehr mit Vorstellungen von einer humaneren Welt verknüpft sind,<sup>8</sup> dann ist danach zu fragen, ob sich die Optionen von Frauen in anderer Weise manifestieren und sich nach anderen Regeln formieren als bei Männern. Wir wissen, daß die unterschiedliche Präsenz der Geschlechter mit der Nähe oder mit dem Abstand zu formalen Organisationsformen zusammenhängt, daß also danach die Unterschiede geringer werden, "je näher man an das Alltagsverhalten heranrückt".<sup>9</sup> Hiermit bestätigt sich die Sicht, nach der Frauen im allgemeinen einen geringeren Organisationsgrad aufweisen als Männer und daß man sich bei der Frage nach Einstellungsmustern von Frauen eher auf die informellen Ebenen des Alltags und des weiblichen Lebenszusammenhangs begeben muß,

um beispielsweise Problemlagen in den Blick zu rücken, die Frauen anders wahrnehmen als Männer oder auf die sie anders reagieren. Oder präziser: Welches Alltagsverhalten entwickeln Frauen in welchem sozialen Feld zu welchen dort auftauchenden für sie relevanten Problemen?<sup>10</sup>

Die Antworten von Frauen und Männern verändern sich mit Fragen, die den familiären Bereich tangieren. Eindeutiger als Männer treten Frauen über 18 Jahren gegen eine Heirat der Tochter oder des Sohnes mit Menschen jüdischer Herkunft (32% zu 20%) oder türkischer Herkunft (46% zu 37%) oder schwarzer Hautfarbe (51% zu 28%) ein. Auch in der Gruppe der jüngeren Frauen und Männer zeigt sich bei Fragen, die die körperliche Unversehrtheit betreffen, eine ähnliche Korrelation. So bestätigen 33.9% der 16-24jährigen jungen Frauen, daß sie sich wegen 'zunehmender' Kriminalität nicht mehr sicher fühlen können, während nur 23.5% der männlichen Befragten dies bestätigen.<sup>11</sup>

Selbstverständlich sollen diese Antworten nicht als Indikatoren für rechtsradikale Positionen betrachtet werden. Sie stecken jeweils nur das Spektrum von Einstellungen ab, das für rechtsradikale Argumentationen verfügbar gemacht werden kann.

Die geschlechtsspezifisch unterschiedlichen Umfrageergebnisse verweisen auf Problemlagen, die mit der Strukturierung des sozialen Raums der Alltagswelt durch die Geschlechter und zwischen den Geschlechtern zu tun haben. Mit der Aufteilung des sozialen Raums werden Felder thematisiert, die von Frauen und Männern verschieden geschaffen oder vorgefunden, abgewiesen oder besetzt werden. Wie junge Frauen in dieser Verteilung des sozialen Raums auftauchen können und welche Mechanismen der Grenzziehung zur Verfügung stehen, spielt hier eine ausschlaggebende Rolle, die im folgenden am Beispiel von Jugendgruppen und -banden illustriert werden kann.

### III.

Übernehmen wir für Rechtsradikalismus die Definition von Heitmeyer, nach der rechtsradikale Einstellungen mit der Programmatik der Ungleichheit sich dadurch etwa von konservativen Einstellungen unterscheiden, daß sie das Gewaltmonopol des Staates nicht respektieren, so kann in Anschluß daran für das Phänomen der Jugendgruppen/Gangs/Banden vorerst gesagt werden, daß sie durch ihre gewalttätigen Handlungen Normbrüche und Grenzüberschreitungen im sozialen Raum vollziehen und damit alltagsrelevante Hierarchien umwerfen. Übergänge zur rechtsradikalen - wie auch zur linksradikalen - Politisierung sind dabei möglich, jedoch nicht zwingend.<sup>12</sup>

In vielen Studien und Berichten taucht - zumeist ohne weitere Erklärungshinweise - die 'Besetzung' des Raums, der Straße, des Platzes, der Untergrundbahn sowie die Verletzung der Grenzmarkierungen dieser Orte als wichtiges Indiz für die Verhaltensweisen von Jugendgruppen auf. Die Besetzung oder Verletzung 'fremden Territoriums' wird aktiv, als körperliche und verletzungsmächtige Handlung von männlichen Jugendlichen vollzogen. Die geschlechtsspezifische Trennung kann dabei so weit gehen, daß männliche Jugendliche den weiblichen Jugendlichen den Zugang zum eigenen Territorium verweigern.<sup>13</sup> Oder junge Männer greifen ungefragt in den Aktionskreis der Mädchen ein: "*Wenn' Schlag auf Schlag geht, 'stehen die Typen wieder in der ersten Reihe und müssen unbedingt als Erster zuhauen, um zu zeigen, wie toll sie kämpfen können, während Frauen oft noch eher defensiv abwarten, ob es wirklich notwendig und sinnvoll ist.*"<sup>14</sup>

Die folgende Erzählung von Isa, einer jungen Frau der "Lichtenberger Street Gang", die ihre Gewalttätigkeiten gegen rumänische Flüchtlinge beschreibt, ist - jedenfalls bisher - ein ungewöhnliches Beispiel für die offensiven Aktivitäten von weiblichen Jugendlichen. Dieses Beispiel weist in verschiedene Richtungen auf die Schaffung des sozialen Raums:

*“Eines Tages hieß es dann: Auf dem Bahnhof sind wieder die Rumänen. Wir also hin. Die Rumänen saßen da wirklich rum. Wir sind zu den arbeitenden Kräften gegangen und haben denen einfach die Besen weggenommen, ganz einfach, so schwupp. Das gab ‘nen bißchen Stunk, aber dann ging’s los: Wir haben den Dreck in die Ecke geschoben, wo die Rumänen saßen... Ihr habt sie mit dem Besen vertrieben? ... Ja, genau. Wir haben immer eine Ecke sauber gemacht und dann den Müll weitergeschoben. Ab in die nächste Ecke. Es war herrlich. Die Rumänen sind immer vor uns her und dann ganz raus aus dem Bahnhof. Ich fand das eben schau, weil wir da wirklich alle zusammengehalten haben. Wir sind nämlich nicht nur auf Randalen aus, wir haben das echt friedlich gemacht. Nur den Besen geschnappt, gefegt und sie immer mit weggeschubst.”<sup>15</sup>*

Der Bahnhof, bis zur Maueröffnung Treffpunkt der Jugendlichen, und damit in ihren Augen ‘angestammter’ Ort, an dem sie schon immer, nämlich als erste waren, ist von anderen besetzt, die schon durch die Tatsache ihres späteren Auftauchens als Fremde betrachtet werden. Die Reaktion der Redefinition des Raums, die Isa in ihrer Geschichte erzählt, läßt sich dann so übersetzen: Die Jugendlichen wenden sich an die Instanzen der Ordnung, die arbeitenden Kräfte, und nehmen ihnen die Insignien ihrer Autorität weg. Der Besen wird als Mittel eingesetzt, um die Fremden von der Nähe wieder in die Ferne, vom Hier ins Dort abzudrängen. Die Durchführung dieser Handlung selbst stellt mit der Redefinition des Bahnhofs zum Wir-Raum ebenfalls das Gruppen-Wir her und stabilisiert es.

Dieses Beispiel weist darauf, wie die Schaffung des sozialen Raums mit der Konstituierung eines Gruppen-Wir verknüpft sein kann und in welcher Weise weibliche Jugendliche daran aktiv teilnehmen.<sup>16</sup> Junge Frauen können dabei unter Umständen durchaus an einer Besetzung des Raums teilnehmen, die im wesentlichen über männliche Rituale der Zu-

weisung - wie etwa Kameradschaftsmuster, aggressive Körperlichkeit - funktioniert. Diese eigene Aktivität wäre ein wichtiger Unterschied zur Teilhabe weiblicher Jugendlicher an der Machtposition der männlichen Jugendlichen, wie sie für Skin-Mädchen beschrieben wird: “Als Beispiel für diese Macht nannte ein Mädchen die typische Situation im U-Bahnabteil, wenn Skin Leute, u.a. Ausländer, anmachen: keiner greift ein, die Skins sind für Minuten ‘Herren’ im Waggon. Hier haben sich Skinheads einen ‘Frei’raum erobert, den einige Mädchen offenbar ebenfalls als solchen wahrnehmen und genießen.”<sup>17</sup> Oder wie in einem anderen Beispiel über die jungen Frauen der ehemaligen Mädchenbande Master Girl Crew beschrieben wird: “Die Zeiten, in denen Alexandra mit ihren Freundinnen die Betonschluchten ihres Viertels auf Eroberungstour selbst durchzog, sind vorbei. Heute spielen sie und ihre Ex-Gang wieder die Rolle des Begleitpersonals.”<sup>18</sup>

Die Geschichte der jungen Frau Isa aber deutet eine andere Möglichkeit des Verhältnisses zur gewaltförmigen Handlung an: Hier stellt eine junge Frau durch ihre eigene Handlung Macht her und verschafft sich damit einen Platz - ihre Betonung, daß alle zusammenhalten - in einer von männlichen Mustern dominierten Gruppen. Sie nimmt nicht den Platz der Zuschauerin, der stillen Stütze ein, sondern sie hat einen Wechsel zum männlichen Ort vollzogen, wenngleich die Gruppenstrukturierungen unter dem Ausschluß des Weiblichen funktionieren. Die Regulierung über das Kameradschaftsprinzip und die Mechanismen seiner Verteilung müssen nicht zwangsläufig ausschließen, daß Frauen als soziale Gruppe an dieser Herstellung des Gruppen-Wir beteiligt sind und aktiv dazu beitragen.<sup>19</sup>

Die Frage, ob junge Frauen aktiv teilnehmen, hängt vom Grad der körperlichen Verletzungsmacht und der Anwendung von Gewaltwerkzeugen ab und schließlich davon, ob die jungen Männer in der Gruppe dies

zulassen, bzw. ob die Frauen dies wollen: *„Die nehmen uns ja nicht mit. Aber was soll ich auch dabei. Ich prügeln mich doch nicht gegen Jungen. Die rennen jetzt alle mit Waffen durch die Gegend. Da hab ich Angst. Wir haben uns damals nur geschlagen.“*<sup>20</sup> Wie sie teilnehmen, als aktiv gewalttätig Handelnde, als Begleitung oder als emotionale Entlastung, das hängt u.a. von diesen Faktoren ab.

Die Schaffung des sozialen Raums in der Öffentlichkeit wie Straßen, Stadien, Plätzen, Bahnhöfen, Fußgängerzonen bezieht sich auf Orte, die von Frauen und Mädchen in anderer Weise frequentiert und symbolisch besetzt werden als von Männern. Die Thematisierung dieser unterschiedlichen Bedeutung der Orte in dem Alltag von Frauen und Männern ist z.B. das Stereotyp vom *„Türken, der die deutsche Frau vergewaltigt“*. Dies impliziert als Zuschreibung fremdenfeindliche Muster, die keine andere Erklärung mehr zulassen, als: *„Ausländer vergewaltigen deutsche Frauen“*. Hier ist immer der *„ausländische Mann“* in Relation zur *„deutschen Frau“* angesprochen; hier ist also weder von *„ausländischen“* Frauen noch von *„deutschen“* Männern die Rede. Daß dieses Grundmuster als Thema überhaupt verhandelt und aktiviert werden kann, d.h. symbolisch funktioniert, indem es von einer Wirklichkeit in die andere verweist, hängt mit der unterschiedlichen Position zusammen, die Frauen und Männer an öffentlichen und privaten Orten einnehmen.

Die potentielle Schutzlosigkeit und Angreifbarkeit von Frauen verschiedener Nationalität, ethnischer sowie religiöser Herkunft und unterschiedlichen Alters in einer männlich dominierten Gesellschaft kann hier als ein Ausgangspunkt von Strukturierungen für ausländerfeindliche Zuschreibungen mobilisiert werden. Dieser Ausgangspunkt läßt sich zudem noch weiter darüber aufladen, daß mit dem Aufeinandertreffen unterschiedlicher kultureller Traditionen auch unterschiedliche Geschlechterzuweisungen aufeinander-

treffen, für die im Alltag noch kein Wissensvorrat und kein soziales Reglement vorhanden sind.

So sagt eine Berliner Schülerin beispielsweise über ihre türkischen männlichen Mitschüler: *„Ihre Weiber verhüllen sie, aber uns gehen sie an die Titten.“*<sup>21</sup> Mit diesen beiden Sätzen wird in einem Augenblick eine ganze soziale Welt aufgerufen, in der die Zeichen durcheinander geraten sind: Nähe und Ferne, Hier und Dort, Tradition und Moderne, Verbot und Erlaubnis, Grenzziehung und Verpflichtung, Ausschließung und Aneignung, Schutz und Furcht. Die Ungleichzeitigkeit von kulturellen Codes, körperlichen Grenzen und sozialen Einbindungen wird hier über das Durcheinandergeraten der Markierungslinien zwischen den Geschlechtern manifest. Wenn die Aussage der Schülerin eine latent fremdenfeindliche Implikation ermöglicht, so ist deren tatsächliche Problematik im Alltagsdie unterschiedlichen Grenzmarkierungen über das Geschlecht - nicht abzuweisen. Im Gegenteil.

Wenn sich das Bild vom anderen Geschlecht mit dem Bild vom Fremden verknüpft, dann treffen wir auf eine prekäre Problemlage: in der Alltagswelt verbinden sich Markierungen des Fremden mit denen des anderen Geschlechts, schaffen eine neue Konstellation und verschieben gemeinsame und fremde Horizonte. Wenn der *‘Boss‘* einer türkischen Jungen-Gang zu seinen Freunden sagt: *„Also die Nazis hier haben am letzten Freitag in Kreuzberg eine Moschee überfallen und den Frauen die Tücher vom Kopf gerissen ... Also Jungs. Wir ficken zurück.“*<sup>22</sup>, - dann hören wir hier die andere Seite der Geschichte, die die Schülerin über ihre türkischen Mitschüler erzählt. Die Aussage einer Berliner Skin-Frau verweist auf einen weiteren Strang dieser Geschichte: *„Ich lehne die nicht ab. Ich hab Angst vor denen. Wenn ein Türke oder Araber auf mich zukommt, dann hab ich Angst; wenn ein Deutscher auf mich zukommt, dann hab ich keine Angst, weil ich von dem einfach*

*nichts erwarte.*<sup>23</sup> Selbstverständlich kann diese Aussage nicht einfach und nicht nur als "xenophobisches Gebräu"<sup>24</sup> verworfen werden; sie auch nicht lediglich als ein Effekt von allgemeiner Angst vor Männergewalt und als 'Ventilfunktion' verstanden werden.

Alle diese Aussagen thematisieren geradezu paradigmatisch die Verkettung von Trennungslinien, die sozial über den Fremden und das andere Geschlecht verlaufen. Das Vergesellschaftungsprinzip der Strukturierung von Zugehörigkeit<sup>25</sup> scheint hier 'unmittelbar' erlebt, bzw. die Vergewisserung dieser Zugehörigkeit scheint dadurch hergestellt zu werden. Die Komplexität sozialer Wirklichkeit scheint hier auf den plausiblen Nenner gebracht, wer zur sozialen Wir-Gruppe gehört, wo die sozialen Mauern zwischen dem eigenen Vertrauten, dem Innen, und dem äußeren Fremden, dem Außen zu errichten sind. Das Wissen der Skin-Frau darüber, was sie von einem deutschen Mann nicht zu erwarten hat, zieht die Grenze zwischen den Normen, die für das Innen Geltung haben und dem Ende dieses Geltungsbereichs im Bezirk des Draußen. Das Ende markiert auch das Ende von Verpflichtungen und sozialen Reglements.

Wenn die Geschlechterzuweisungen, die gleichsam Wegmarken der Orientierung in der Alltagswelt darstellen, in dem Aufeinandertreffen unterschiedlicher kultureller Codes durcheinandergeraten, wenn dabei die Hierarchien zwischen dem Drinnen und Draußen umgeworfen werden, dann entsteht eine Verschränkung von Problemlagen, die die Komplexität prekär erhöht. Die symbolischen Dimensionen, d.h. die Verweisungen zwischen verschiedenen Wirklichkeiten nehmen zu und stehen für verschiedene Ebenen zur Verfügung. Dies illustrieren die Kommentare einer jungen türkischen Frau, die nach dem Vorbild us-amerikanischer Mädchen-Gangs auffallende Mützen, protzige Halsketten und Basketballschuhe trägt, damit durch die Kreuzberger Straßen läuft und von entsetzten Blic-

ken türkischer Männer in Cafes erzählt: *"Den Vätern, sagt sie und grinst, seien vor Schreck die Augen ausgefallen. Zuhause setzte es wieder Schläge."*<sup>26</sup> Auch dieses Muster steht zur Verfügung, wenn die Wegmarken nicht mehr klar abgesteckt sind: das Draußen der säkularisierten Kultur kann als Habitus die väterliche Autorität des eigenen Drinnen provozieren.

#### IV.

Unter dem Aspekt des Aufeinandertreffens von unterschiedlichen kulturellen Traditionen und verschiedenen ethnischen Codes, für die in der Alltagswelt von Jugendlichen kein Wissensvorrat und keine Orientierung an sozialen Reglements vorhanden sind, ist zu fragen, ob für die Reduzierung von Komplexität die Körper des anderen Geschlechts und des Fremden relevante Einsatzstellen bilden.

Eine milieunahe Berichterstattung über Jugendgruppen in Berlin zeigt, wie das andere Geschlecht und die Figur des Fremden aus einer - sich durchaus kritisch verstehenden - männlichen Perspektive verbunden werden. Die Autoren formulieren das Problem des Aufeinandertreffens verschiedener kultureller Normen und notieren: *"... in den Einwanderungsbezirken und -städten ist die Sexualökonomie innerhalb der Jugendszene im Ungleichgewicht. Die Mehrheit der Mädchen aus Immigrantenfamilien wird bis zu ihrer Heirat aus dem Verkehr gezogen. Damit kommt es für die Jungs zu empfindlichen Einschränkungen des Angebots auf dem Beziehungsmarkt, was den Konkurrenzkampf drastisch verschärft."*<sup>27</sup>

An dieser Perspektive läßt sich illustrieren, wie sehr Phänomene aus Jugendgruppen in multi-ethnischen Kontexten über das andere Geschlecht wahrgenommen werden. Und wie das normative Raster dieser Wahrnehmung von männlichen weißen Sexualansprüchen bestimmt ist: Die Konfliktlinien scheinen zwischen jungen Männern verschiedener ethnische Herkunft zu verlaufen. Die Frauen



haben die Funktion einer zur Verfügung stehenden Masse, die nach Angebot und Nachfrage den Status von Zirkulationsobjekten haben.

Gegen diese männliche Perspektive ließe sich als Reaktion ein anderes Phänomen anführen. Aus einer anderen Perspektive, gleichsam von der Rückseite dieser männlich interpretierten Problematik der Desintegration, taucht ebenfalls ein Phänomen auf: moslemische Frauen, die zunehmend mehr zu Kopftüchern greifen.<sup>28</sup> Als vollkommen mißverständenes Symptom für Fundamentalismus sind diese Kopftücher Zeichen einer geschlechtlichen Separation, mit denen Frauen sich vor dem - vertrauten und fremden - männlichen Prärogativ der Gewalt im sozialen Raum zu schützen gedenken. Dieses ist auch ein Echo auf das 'Ungleichgewicht der Sexualökonomie', ein Echo, das sich eben dieser Wahrnehmung und dieser Angriffe zu entziehen sucht.

Aus Untersuchungen über Einstellungen ostdeutscher Jugendlicher zu Rechts- und Linksextremismus geht hervor, wie massiv das Gewaltverhältnis zwischen Frauen und Männern, die potentielle körperliche Verletzbarkeit von Frauen, in fremdenfeindlichen sowie rassistischen Äußerungen auftaucht. Diese fremdenfeindlichen und rassistischen Äußerungen erhalten überhaupt erst ihre Evidenz und ihre Bedeutung, indem die Gewaltproblematik zwischen Frauen und Männern den Resonanzboden für Begründungen bildet.

Jugendliche Frauen, die gebeten wurden, ihre Gedanken zu dem "Problemkreis: Deutsche und Ausländer" aufzuschreiben, notierten etwa folgendes:

*"Ich finde, Ausländer gehören in ihr Land, und wir in unseres! Es ist ehrlich furchtbar, wenn man als deutsches Mädchen von solchen ange-macht wird. Kein Wunder, wenn man gegen sie ist. Sollen sie sich gefälligst nach unseren Sitten richten, wenn sie bei uns sind. (15/2)"*<sup>29</sup>

Ein junger Mann:

*"Ich finde, man sollte unterscheiden, aus welchem Land diese Ausländer kommen ... Die Amis oder Engländer, die hier bei uns sind, benehmen sich besser als die Mehrzahl der Türken, Schwarzen, Zigeuner oder Rumänen. Amis und Engländer treten in so großen Mengen nicht auf, belästigen unsere Mädchen nicht und treten auch nicht in organisierten Taschendiebgangs auf. (17/1)"*<sup>30</sup>

Eine junge Frau:

*"Ich finde, Ausländer stören uns in der gegenwärtigen Zeit. Sie kommen her und denken, sie finden ein 'gemachtes Nest'. Ich kann sie nicht verstehen, warum sie nicht in ihrem eigenen Land bleiben, dort gibt es doch selbst genug Probleme, die zu lösen sind. (17/2)."*<sup>31</sup>

*"Ich bin zwar rechts, aber ich bin nicht brutal. Meine Meinung ist, Ausländer raus, weil sie unsere Arbeitsplätze und Wohnungen wegnehmen. Für Nazis bin ich aber absolut nicht. (16/2)"*<sup>32</sup>

Die typische scheinbar ambivalente Sprecherinnenposition, die als Ausgangspunkt kein Ressentiment gegen Ausländer hat, aber hierin durch zwei evidente Geschichten eines anderen überzeugt wird: gegen die einzelne Person existiert kein Ressentiment. Aber, Ausländer treten in Massen auf, und Ausländer, die Massen sind, greifen deutsche Frauen an und nehmen den Deutschen die Arbeit weg. Ein Beispiel für die Verkettung zweier 'Mißbrauchsgeschichten':

*"Ich habe persönlich nichts gegen Ausländer, aber daß sie uns auf der Straße anmachen, finde ich mies. Es sind zu viele da. Die meisten Deutschen sind arbeitslos, aber die Ausländer arbeiten immer noch. Das finde ich gemein. Die sollten in ihrem Lande bleiben. Als Touristen können sie gerne kommen, aber sie müssen wieder abdampfen. Es sei denn, sie werden in ihrem Land verfolgt und sind in Lebensgefahr. Da gibt es aber auch bessere Länder als Deutschland. Die müssen doch nicht alle zu uns kommen. (16/2)"*<sup>33</sup>

Aus diesen Aussagen läßt sich ein weiteres Muster entziffern, das eine bestimmte Ge-



schlechterzuweisung transportiert und darüber auch 'Sinn' der Ausländerfeindlichkeit herstellt. Bei Ausländern ist immer von Männern die Rede, bzw. Ausländer sind in diesen Kontexten weitgehend männlich konnotiert. Die Redefigur besteht aus dem Ausländer, d.h. den Männern, die Frauen, d.h. deutsche Frauen und Frauen von Deutschen, d.h. Männern bedrohen. Ausländer in dieser Bedeutung halten sich nicht an Normen, d.h. sie verletzen die Grenzen zur eigenen, zur 'deutschen' Norm, indem sie 'deutsche' Frauen belästigen und nicht arbeiten.

*"Vom Verstand ausgehend habe ich nichts gegen Ausländer, weil sie auch Menschen sind, die zu den gleichen intellektuellen und körperlichen Leistungen fähig sind, wie die Deutschen. Trotzdem empfinde ich Ausländer oft als unangenehm, weil sie m.E. gern auffallen, mich öfter belästigen, teilweise das Asylrecht ausnutzen, um sich ungesetzlich zu bereichern. Ich habe selbst einige sehr gute Freunde unter Ausländern, insbesondere Westeuropäer und Neger."* (22/2)<sup>34</sup>

Die Sichtbarkeit der Masse von Ausländern manifestiert sich im Handel, der mit Nichtarbeit und Betrug, mit Zirkulation und Infiltration konnotiert ist.

*"Ich finde es nicht schön, daß man Ausländer wie Tiere behandelt. Sie haben aber auch eine schlechte Seite, nämlich daß sie auf der Prager Straße Waren verkaufen und betrügen. (14/2)"*<sup>35</sup>

Ein junger Mann:

*"Ich hasse Türken, Zigeuner, Araber, Vietnamesen, weil sie sich ausbreiten wie Insekten und unsere Mädchen so eklig anmachen und weil sie so gewalttätig sind. Ich hasse Westdeutschland mit all seinen Leuten von Kohl bis zum letzten Assi. Deutschland? Nein, Danke. (17/1)"*<sup>36</sup> In diesen Reden über und gegen Ausländer findet dauernd eine Thematisierung der Präsenz, der Verteilung und der Macht von Frauen und Männern im sozialen Raum statt. Damit könnte unter dem Gesichtspunkt von Repräsentation und Gewalt im sozialen Raum die Geschlechterverteilung

und Geschlechterkonnotation gleichsam zu einem Knotenpunkt für das Phänomen des Rechtsradikalismus werden. Die Formierung der Gruppe und des sozialen Raums über die männliche Perspektive Körper baut eine Grenze, die an alle adressiert ist, die aus der Selbstdefinition des männlichen Gruppen-Wir ausgeschlossen werden. Damit erhält die Frage nach geschlechtsspezifischen Unterschieden für rechtsradikale Gruppen und für Jugendgruppen eine Brisanz.

Die Perspektive ist darauf eröffnet, nach dem Spektrum der möglichen Positionen von Mädchen und Frauen als sozial Handelnde zu fragen, als stille Stütze, als Zuschauerin, als Zustimmende, als Teilhaberin, als aktiv Handelnde oder als Adressatin gewalttätiger Manifestationen anderer. Damit ist dann auch wohl ein anderer Blick auf das Verhältnis von Frauen und Rechtsradikalismus sowie Machtbildung möglich.<sup>37</sup> Rechtsradikalismus etwa kann nicht nur als ein Interesse von Männern vorausgesetzt werden, dem Frauen die Resonanz geben, weil sie sich mit Männern 'identifizieren'. Gerade aufgrund der Machtungleichheit zwischen Frauen und Männern der dominierenden Gruppe in unserer Gesellschaft können Frauen der dominanten Gruppe gegenüber der Diskriminierung und gewalttätigen Ausgrenzung der Fremden Positionen einnehmen. Teresa de Lauretis hat in ihren Überlegungen zur Gewalt der Rhetorik darauf hingewiesen, daß männliche oder weibliche Gewalt nicht zwangsläufig in dem sozialen weiblichen oder männlichen Geschlecht abbildbar ist, sondern nach dem Objekt der repräsentierten Handlung zu bestimmen ist.<sup>38</sup> Die fremdenfeindlichen Einstellungsmuster bei Frauen und deren mögliche Politisierung zum Rechtsradikalismus können auf dem Hintergrund des Gesagten auch als Vergewisserung beschrieben werden, mit denen Frauen ihre Zugehörigkeit zur dominierenden Gruppe markieren.

**Anmerkungen:**

1. Für eine hervorragende diskursanalytische Untersuchung der Muster und Bedeutung in den Medien, vgl. den Text der Bochumer Wissenschaftlerin Ute Gerhard: Wenn Flüchtlinge und Einwanderer zu "Asylantenfluten" werden, Frankfurter Rundschau vom 19.10.91; als Einführung für die sozialwissenschaftliche Debatte W. Heitmeyer/K. Möller/H. Sünker (Hg.), Jugend - Gewalt - Staat, Weinheim/München 1989
2. So etwa Joachim Hofmann-Göttig, Die neue Rechte: Die Männerparteien, Bd. II, Bonn 1989, S.51; Walter Friedrich/Wolfgang Netzker/Wilfried Schubarth, Ostdeutsche Jugend. Ihr Verhältnis zu Ausländern und zu einigen aktuellen politischen Problemen; Walter Friedrich/Wilfried Schubarth, Einstellungen ostdeutscher Jugendlicher zu Rechts- und Linksextremismus, o.o. 1991. Kurt Möller, Geschlechterspezifische Aspekte der Anfälligkeit für Rechtsextremismus in der Bundesrepublik Deutschland, in: Frauenforschung 3/91, S.29-35.
3. Nach Trend-Test, Umfrage bei 600 deutschen Jugendlichen, Berlin 1989.
4. Wilhelm Heitmeyer, rechtsextremistische Orientierungen bei Jugendlichen. Empirische Ergebnisse und Erklärungsmuster einer Untersuchung zur politischen Sozialisation, Weinheim/München, 3. Aufl., 1989.
5. vgl. Hofmann-Göttig 1989 (Bd.II); vgl. Dem Tod oder dem Triumph entgegen. Wer wählt rechtsradikal?, in: Der Spiegel 21/1989; Herta Däubler-Gmelin und Kerstin Kießler, Die Rechtsaußen-Parteien und die Frauen. Warum die Republikaner eine Männerpartei sind, in: Konservatismus und Rechtsextremismus 1989; Dieter Roth, Sind die Republikaner die fünfte Partei? Sozial- und Meinungsstrukturen der Wähler der Republikaner, in: Kurt Bodewig/Rainer Hesels/Dieter Mahlberg (Hg.), Die schleichende Gefahr. Rechtsextremismus heute, Essen 1990.
6. Ich beziehe mich im folgenden auf Friedrich/Netzker/Schubarth, Ostdeutsche Jugend und Möller, Geschlechtsspezifische Aspekte; vgl. auch Kurt Möller, Über die Verlockung traditioneller Frauenbilder und Klischees. Die Anfälligkeit von Mädchen und Frauen für den Rechtsextremismus/Entfremdung von der Politik, in: Frankfurter Rundschau v. 29.12.1990
7. vgl. Möller 1991, S.34f.
8. vgl. etwa Däubler-Gmelin und Kießler 1989
9. Wilhelm Heitmeyer, Jugend auf dem Weg nach rechts?, in: Bodewig et al 1990, S.241
10. vgl. hierfür z.B. Florentine Hoffmann, Brigitte-Reportage "Wir sind dazu da, dem Mann das Leben schön zu machen!", in: Brigitte 5 (1990); Für das theoretische Modell des weiblichen Lebenszusammenhangs, weiterhin Ulrike Prokop, Weiblicher Lebenszusammenhang. Von der Beschränktheit der Strategien und der Unangemessenheit der Würde, Frank-

furt/M 1976.

11. Möller 1991, S.35.
12. Macht und Gewalt verwende ich hier als Verletzungsmacht im Anschluß an Heinrich Popitz, Phänomene der Macht. Autorität-Herrschaft-Gewalt-Technik, Tübingen 1986. Für Gewalt unter Gesichtspunkten politischer Theorie im Unterschied zu Macht, vgl. Hannah Arendt. Macht und Gewalt, München 1970. Zur Nichtrespektierung des Gewaltmonopols im Deutschland der Zwischenkriegszeit, vgl. Norbert Elias, Über die Deutschen, Frankfurt/M 1989.
13. vgl. z.B. Gerold Hartmann, Auf Deutsch gesagt...? Zugänge zur Botschaft rechter Kultur, und: Was ist aus dem guten alten Rock'n Roll geworden?, in: Bodewig et al 1990.
14. Klaus Farin/Eberhard Seidel-Pielen, Krieg in den Städten, Berlin 1991, S.127.
15. "Ein paar Zähne gehen drauf" Die Lichtenberger Street Gang über den Straßenkampf der Jugendbanden Ost-Berlins, in: Der Spiegel 44/1990, S.58.
16. vgl. auch Ausländer-Streetgangs, in: Der Spiegel 47/1990; Jugend in der Ex-DDR, in: Der Spiegel 48/1990.
17. Monika Hartwig, Skinheads, S.328.
18. Farin/Seidel-Pielen 1991, S.123.
19. Von Gruppen, die ausschließlich aus Mädchen bestehen, lag mir kein Material vor. Für andere Typen von Mädchengruppen vgl. Die türkischen "Ghetto Sisters": "Wie man kämpft, lernen wir auf der Straße", in: Brigitte 19/90; vgl. Für Mädchenbanden in den Armenvierteln von Los Angeles: Die gnadenlosen girls, in: Stern 28/1990. Für Skin-Mädchen und Skinheads vgl. Monika Hartwig, Skinheads, 1990. Neuere Studien über die Jugendbewegung der Zwischenkriegszeit bestätigen, daß das Kameradschaftsprinzip als männlich bestimmtes Zeichensystem junge Frauen durchaus integrieren, ohne für junge Frauen "Emanzipation" bereit zu halten, vgl. Dagmar Reese, Straff aber nicht stramm-herb, aber nicht derb. Zur Vergesellschaftung von Mädchen im Bund deutscher Mädels im sozialkulturellen Vergleich, Weinheim/Basel 1989.
20. Farin/Seidel-Pielen S. 123
21. Nach Christine Holzkamp und Birgit Rommelspacher, Frauen und Rechtsextremismus. Wie sind Mädchen und Frauen verstrickt?, in: Päd Extra und demokratische Erziehung, 4/1 (1991), S. 37.
22. Farin/Seidel-Pielen 1991, S. 14/15
23. ebenda, S. 129
24. ebenda, S. 129
25. vgl. Popitz 1986, S.96
26. Farin/Seidel-Pielen, S.39
27. ebenda, S. 16
28. vgl. Für das Kopftuch als Zeichen und den damit verbundenen Strategien in verschiedenen Kulturen, Meral Akkent/Gabi Franger, Das Kopftuch - Stück-

chen Stoff in Geschichte und Gegenwart, Frankfurt/M 1987; Für die Wahrnehmung moslemischer, hier türkischer Frauen im Orientalismus - Diskurs, vgl. Helma Lutz, Welten verbinden - türkische Sozialarbeiterinnen in den Niederlanden und der Bundesrepublik Deutschland, Frankfurt/M 1991.

29. Friedrich, Netzker Schubarth, S. 94

30. ebenda S.92

31. ebenda S.94

32. ebenda S.94

33. ebenda S.97

34. ebenda S.100

35. ebenda S.100

36. ebenda S.97

37. vgl. hierfür auch Christine Holzkamp und Birgit Rommelspacher

38. Teresa de Lauretis, The violence of rhetoric: Considerations on representation and gender, in: dies. Technologies of gender. Essays in theory, film, and fiction, London 1987.

## Momentaufnahmen der Probleme feministischer Antifa-Politik

*Ursel Döhmman*

Der Beitrag befaßt sich nicht mit der Darstellung neofaschistischer bis konservativer Frauen- und Familienpolitik, sondern mit der Frage, welche Möglichkeiten und Formen feministischer antifa-Politik Frauen suchten und praktizierten. Ausgehend davon lassen sich die allgemeinen gegenwärtigen Probleme im Antifaschismus und die speziellen der feministischen antifa-Arbeit bezeichnen und begründen.

### **Zum Stand antifaschistischer Politik und Bewegung allgemein.**

Die kurze Phase einer Bereitschaft, in Deutschland den Faschismus an seinen Wurzeln zu beseitigen, gemixt aus dumpfem Innehalten angesichts der Leichenberge, dem noch frischen Wissen um die gesellschaftlichen Strukturen, derer sich die faschistischen Mörder bedient hatten und dem Wissen um den Nutzeffekt, den sich die Bevölkerungsmehrheit vom deutschen Faschismus versprochen hatte, diese Bereitschaft war spätestens 1949 zu Ende.

1945-47 war die Verflechtung von wirtschaftlichen Kräften mit dem Naziregime noch offensichtlich und damit unleugbar. Das CDU- und das SPD-Parteiprogramm stimmten ten-

dentiell im Antikapitalismus, Antimonopolismus, den Zielen einer Vergesellschaftung wichtiger Wirtschaftszweige, einer Demokratisierung der Wirtschaft und einer gesamtwirtschaftlichen Planung überein (Ahlener Programm der CDU, 1947). 1949 propagierte die CDU in den Düsseldorfer Leitsätzen die soziale Marktwirtschaft, die SPD folgte dieser ökonomischen Restauration zeitlich versetzt im Godesberger Programm (1959). In Politik, Wissenschaft und Verwaltung des oberflächlich demokratisierten Staates etablierte sich wieder das ehemals faschistische Personal. Antifaschismus war also mit Ausnahme dieser unwesentlichen Phase aus den bundesrepublikanischen machtragenden und verwaltenden Etagen ausgeschlossen. Er konnte nie konstruktives Element im Sinne einer grundsätzlichen gesellschaftlichen Umstrukturierung des politischen, wissenschaftlichen und Verwaltungsapparates, schon gar nicht des wirtschaftlichen Gefüges von Marktkonzentrationen werden. Er hatte - ausgeschlossen von den staatstragenden Organen und Organisationen - nie die Mittel, um seine theoretischen Grundlagen in wissenschaftlichen Instituten wirkungsvoll zu entwickeln und als politische Konsequenz in "Massenorganisationen" umzusetzen. Antifaschismus war gesellschaftlich tabuisiert. Dieses Antifaschismus-Tabu brach erst in den 60er Jahren

mit der außerparlamentarischen Opposition auf. Hier geriet er jedoch für die verschiedenen außerparlamentarischen Gruppierungen zu einem Instrument in der Spiegelfechterei um den wahren theoretischen Ansatz.

Die faschistische Realität wurde im Rückblick nicht erklärt, sondern sie wurde thematischer Anlaß, um die Logik der verteidigten theoretischen Modelle, dem die Autoren jeweils anhängen, an dieser Thematik zu demonstrieren. Die Theorie geriet zum Hindernis für Erkenntnis.

Auch das damals m.E. signifikant populäre Buch "Die Unfähigkeit zu trauern" gehört dazu. SS-Täterkarrieren, Mitläufertum, das Sich-Einrichten im Nachkriegsdeutschland werden uns hier als Sammlung von Krankengeschichten präsentiert: Q. ist einer der wenigen Patienten, die ihre Anhänglichkeit an die weiterhin idealisierte nationalsozialistische Lehre nicht leugnen. Außerdem sieht er sich durch Berufung auf Gehorsam entschuldigt und unbetroffen. Er repräsentiert die Charakterformierung lebenslänglicher Abhängigkeit von den Beziehungsfiguren seiner Kindheit und die dafür typische masochistische und sadistische Reaktionsbereitschaft." (Alexander und Margarete Mitscherlich: "Die Unfähigkeit zu trauern", München, Zürich, 1967, 21. Auflage, S.50) Folglich erscheint die gesamte bundesrepublikanische Gesellschaft im neurotischen Zustand von therapiebedürftigen Patienten, die krankheitsbedingt unfähig sind, den Wust ihrer Vergangenheit aufzuarbeiten. Die aggressive Ostpolitik deutscher Politiker erklärt sich dann so:

*"Politiker sind offenbar, wie andere Menschen auch, dort nicht lernfähig, wo ihre neurotischen Selbstschutzmechanismen ins Spiel eintreten. Das nun schon zweieinhalb Jahrzehnte (gerechnet ab 1970, d.A.) währende Manipulieren jener politischen Realität, die so heftig innerlich zurückgewiesen wird, vollziehen Politiker, die in diesem Zusammenhang jedenfalls über einen langen Zeitraum keine innere Entwicklung*

*erkennen lassen. Wir treffen vielmehr auf einen aus der Analyse neurotischer Symptome wohl-bekanntem Zeitstillstand. Eine Zwangshandlung wird z.B. tausende Male ausgeführt, ohne daß sich die Situation durch diese Handlung ändern würde. So scheinen es in ihrem inneren Entwicklungsspielraum definitiv festgelegte Personen zu sein, die im politischen Selektionsprozeß in den leitenden Positionen einrücken und die für eine Weile nicht nur die politischen Dienstgeschäfte besorgen, sondern im Dienst der Neurose mehr oder weniger großer Gruppen der Gesamtpopulation stehen..."* (a.a.O., S.362)

Solche Publikationen waren wenig geeignet, die historische Realität des Faschismus zu erklären, und noch weniger, eine antifaschistische Bewegung zu initiieren oder zu begleiten. Antifaschismus wurde zwischen den Konkurrenzrängeleien linker Theorien zerrieben. Und dennoch genügte der aufflackernde öffentliche Protest der außerparlamentarischen Opposition gegen den faschistischen Sumpf und gegen die steigenden Wahlerfolge der NPD, um im neofaschistischen Lager den Bedarf nach Umformung seiner Ideologie zu wecken. Als Resultat sollten gleichgebliebene faschistische Inhalte und Ziele nicht mehr mit dem historischen Faschismus identifizierbar sein, der Antifaschismus sollte in seiner Wirksamkeit auf die Vergangenheits"verarbeitung" beschränkt werden. Dieses geplante Vorhaben gelang innerhalb weniger Jahre, zwischen 1970 und 1980.

Mit der programmatischen Selbstbezeichnung "Neue Rechte" unterliefen neofaschistische Organisationen die Gefahr gerichtlicher Verfolgung, da sie nicht mehr als nazistisch oder als Nazi-Nachfolgeorganisation etikettierbar waren. (Exemplarisch zeigt Frank Teichmann diese Phase an einem der wichtigsten Ideologie-Produzenten dieses Lagers auf, in "Henning Eichberg - nationalrevolutionäre Perspektiven in der Sportwissenschaft", Europäische Hochschulschriften,

Frankfurt/Main, Bern, New York, Paris, 1991) Die Linke war dieser Herausforderung auf theoretischer Ebene einerseits nicht gewachsen und war andererseits wegen eigener nationaler Ambitionen nicht gewillt, sich ihr zu stellen. Welche Folgen das für die politische Praxis hat, wird gegenwärtig deutlich.

Deshalb konnte die "Neue Rechte" in der Ökologiebewegung, der Sozialdemokratie, auch im Feminismus, selbst in marxistischen und libertären Zirkeln und schon gar in der CDU/CSU und FDP anknüpfen, Einfluß nehmen und Anklang finden, "für die Entfaltung einer breiten Basisbewegung mit grünen, sozialistischen, bürgerinitiativen und national-revolutionären Komponenten" eintreten. (Henning Eichberg, zitiert aus Teichmann, a.a.O., S.18)

Ihre Ideologie eines biologistischen Menschenbildes (der Mensch, wie er von Natur aus ist), einer elitären Herrschaftsstruktur ("jedem das Seine"), eines staatsvölkischen Nationalismus ("nationale Identität") als ebenso prägendes Charakteristikum des Individuums wie etwa das Geschlecht und eines diffusierenden Mystizismus (new age) blieb nicht etwa am Rande der Gesellschaft auf neofaschistische Theoriezirkel beschränkt, von wo sie ihren Ausgang genommen hatte, sondern sie ist sowohl gezielt eingesetztes Instrument für den Erhalt des Machtapparates als auch Alltagsphilosophie der Bevölkerung geworden.

Denn der Prozeß der Vereinzelung der Menschen, ihr Handeln nach der Maxime der Selbstbehauptung auf Kosten anderer, ihre Abgrenzung und Gleichgültigkeit anderen gegenüber, der Prozeß also, durch den das Konkurrenzprinzip auch die individuelle Ebene erfaßt und durchsetzt, paßt in die Logik der "neurechten" Ideologie. Ihre Verbreitung, ihre Durchdringung in der Alltagswelt wird nicht als etwas Künstliches, Aufgesetztes, sondern als etwas praktikabel Passendes genommen.

Die ethischen Grundsätze linker Gesell-

schaftstheorien setzen hingegen solidarisches Handeln und Denken voraus, für das aber die gesellschaftlichen Bedingungen nicht bestehen. Es ist der Struktur dieser Gesellschaft etwas zutiefst Fremdes, "Nutzloses". Wie kann dann aber Solidarität praktiziert werden, ohne daß es zur Ausnützung, zum Mißbrauch, Märthyertum, zur falschen Opferrolle und zum Kräfteverschleiß kommt?

Die "traditionellen" Antifaschisten, die auf eine mehr oder weniger genaue Kenntnis des Nationalsozialismus bauten, wurden zu wirkungslosen Mahnern. Sie mußten sich mit ihrem unbrauchbar gewordenen theoretischen Instrumentarium in zermürbende Definitionshubereien um "faschistisch", "populistisch", "reaktionär", "extremistisch", "ultrakonservativ" verwickeln, wie dies z.B. geschah, als die Sammlungsbewegung der Repts stärker wurde.

Diese Antifaschisten wurden unglaublich, weil sie mit falschem methodischem Instrumentarium auf die richtigen Gegner zielten.

Strategisches Ziel eines Teils der etablierten Parteilinken war es, bürgerliche Parteien, aus naheliegenden Gründen besonders die SPD und Gewerkschaften über Bündnispolitik nach links zu ziehen. Auf Demonstrationen solcher Bündnisse sollte die Parteibasis zur Beteiligung gewonnen werden, um mit dem Beherrschen der Straße ein - wenn auch nur symbolisches - Gegengewicht gegen den staatlichen Machtapparat zu zeigen. Fatalerweise setzte sich dabei die Strategie durch, man müsse "die Massen" dort abholen, wo sie sich von ihrem Bewußtseinsstand her befinden, man müsse also den Nationalismus von rechts mit einem "linken Patriotismus" bekämpfen. Die Kategorien von rechts und links verschwammen, und die "Masse" blieb, wo sie war: rechts. Die Geschichte des linken Nationalismus aufzuarbeiten, wäre heute vielleicht eine lohnende Sache.

Der Antifaschismus war für Parteilinke stets bündnispolitisches Thema. Welche Fäden hier

von welchen Funktionären gezogen wurden, welche politischen Ziele also unausgesprochen mit dieser Bündnispolitik verfolgt wurden, ist heute noch nicht oder nicht mehr auszumachen. Von dem Motto "Gemeinsam gegen Neofaschismus" blieb auf seiten der SPD sowieso lediglich ein Streetworker-Konzept, das Neofaschismus auf ein Problem Jugendlicher herunterfährt und damit den beachtlichen Rechtsruck der eigenen Partei aus dem Kritikfeld zieht.

Die andere, die marxistische Seite hat mit dem Ende der DDR praktisch aufgehört zu existieren. Der DDR-Antifaschismus wurde als "verordneter Antifaschismus" disqualifiziert, wobei zugleich ein Demokratiebegriff populär wurde, der das Ausschließen neofaschistischer Parteien als totalitär markierte. Man hatte mit Neofaschisten zu diskutieren, was zugleich bedeutete, daß neofaschistische Ideologie und ihre Propaganda diskutabel wurde. Eine wirkliche Auseinandersetzung hat nicht stattgefunden, weil heute die "ehemalige DDR" besonders rassistische Tendenzen aufweist!

Außerdem ist mit dem Ende der marxistischen Parteien und Gruppierungen, die sich um die Bündnisarbeit bemüht hatten, die Möglichkeit, Antifaschismus als außerparlamentarische Bewegung zu organisieren, verschwunden, und es gibt auch nicht mehr die theoretische Auseinandersetzung, die Analyse, die Diskussion um das Thema Faschismus und Antifaschismus, die ja nicht in etablierten Hochschulinstituten ausgetragen werden.

Die Toleranz gegenüber neofaschistischen Tendenzen und das Verstummen des Antifaschismus fallen zeitlich zusammen. Das politische Feld der Bündnisse im Antifaschismus ist innerstrukturell am Funktionärsklüngel, an parteipolitischer Taktiererei und Propaganda gescheitert. Man wurde benützt, gängelt, indoktriniert und verließ das Bündnis. Mit der öffentlichen Diskreditierung des Antifaschismus verschwanden die Funktio-

näre aus den Initiativen, ihre Anhängerschaft blieb weg, die Bündnisse zerbröckelten.

Die Frage, wie organisierte Bewegung vor solchen Entwicklungen verschont bleiben können, ist offengeblieben, und auf unorganisierte, sozusagen wildwüchsige Bewegungen zu setzen, ist illusionär.

Der autonome Antifaschismus blieb von dieser Entwicklung deswegen weitgehend unberührt, weil er sich nicht auf bündnispolitische Kompromisse einließ, sondern sich eher punktuell an deren Demonstrationen beteiligte. Er gerät jedoch mit der neuen politischen Gemengelage schärfer in die Zwickmühle staatlicher Repression und dreisten Auftretens neofaschistischer Banden. Bleibt dieser antifaschistische Flügel weiterhin isoliert, dann ist absehbar, daß er an der Zuspitzung der militanten Auseinandersetzung auf der Straße, an der aufgezwungenen Brutalisierung also, wortwörtlich zerschlagen wird und daß der Druck der gesellschaftlichen Isolation ihn von innen her aufreißt.

Die BRD hat momentan einerseits einen lautstarken anti-Antifaschismus vorzuweisen, mit dem auf einer politischen Leiche herumgetrampelt wird, und andererseits gibt es nur noch den theoretisch lädierten und organisatorisch fast völlig zerstörten Antifaschismus. Es bestehen hier und da noch kleine Zirkel, die entweder hartnäckig und auch verbissen bis unbelehrbar die einmal eingeschlagene Antifa-Methode fortsetzen oder die sich zu Traditionszirkeln entwickeln.

Die heutigen antirassistischen Bürgerinitiativen stehen nicht in antifaschistischer Tradition, sondern sie sind eher als soziale Bewegungen zu verstehen. Sie müssen sich dringend um die praktische Unterstützung von Flüchtlingen kümmern. Ihre Kräfte reichen nicht einmal, um die härtesten Fälle dessen, was von legislativer und exekutiver Seite angeordnet wird, abzufangen. So liegt die von den Tätern herrührende Schwäche dieser Initiativen darin, die Zustände, deren Auswirkungen sie bekämpfen, nicht zu verän-

dern. Sie reagieren spontan auf veröffentlichte Fälle, sind von der Medienpolitik abhängig und haben keinen langen Atem. Damit beschäftigt, die Opfer zu unterstützen, können sie sich nicht mit der Frage auseinandersetzen, wie die Täter zu fassen sind, deren Macht auf nationalstaatlicher Organisiertheit von Rechtsansprüchen beruht. Eine bemerkenswerte Gruppierung, die hier ansetzt, gibt es aber nicht, und es scheint angesichts der Gleichgültigkeit und Aggressivität, die die deutsche Bevölkerungsmehrheit gegenüber ausländischen Opfern zeigt, fragwürdig, ob eine Bewegung gegen die nationalstaatlichen Privilegien der Deutschen überhaupt eine Chance hätte.

### **Probleme feministischer Antifa-Politik**

Dieser Stand der Antifa-Politik ist für die sowieso recht junge eigenständige feministische antifa nicht wirkungslos geblieben. Frauen, die einige Jahre in der antifa-Arbeit aktiv waren, stießen neben den bereits beschriebenen Problemen auf ein weiteres: sie konnten in ihren Bemühungen nicht mit uneingeschränkter Solidarität innerhalb der Linken rechnen, weil auch antifa-Gruppen in typischer Weise von androzentrismen Mechanismen durchsetzt sind.

Auf theoretischer Ebene zeigt sich das z.B. an dem von der SPD präferierten Heitmeyer-Ansatz. Heitmeyer beklagt den "Verlust traditioneller Wertesysteme", besonders das der familiären Lebensgemeinschaft, die bei Jugendlichen zur Orientierungslosigkeit und damit zur Suche nach adäquaten Gruppenerlebnissen in Fascho-Banden führe. Dieser auch historisch nicht haltbare Ansatz - denn es kann als Ursache für die Machtergreifung des Faschismus 1933 wohl kaum ein Niedergang der patriarchalen Kleinfamilie ausgewiesen werden - greift mit seinem "Antifaschismus" immanent emanzipatorische Be-

strebungen von Frauen als Ursache für den Zulauf zu Fascho-Banden an. Frauen müßten also, wollten sie diesen "Antifaschismus" mittragen, ihre eigene Unterdrückung fordern.

Andererseits kann der ökonomistische Ansatz in der Tradition Dimitroffs, der auf marxistischer Seite des Antifaschismus vertreten wird, die Bedeutung patriarchaler Herrschaft, Bevölkerungs- und Familienpolitik sowie rassistisch-eugenische Zwangsabtreibungs- und Sterilisationsprogramme nicht präzise erfassen. Deswegen blieb es in geschlechtsgemischten antifa-Gruppen, beim bloßen Beschreiben faschistischer Frauenbilder, ohne daß man faschismustheoretische oder politische Konsequenzen daraus gezogen hätte.

Georg Fülberth, einer der wenigen Marxisten, der nicht mit Scheinlösungen aufwartet, wenn es um ungelöste faschismustheoretische Fragen geht, formuliert das Problem so: *"Ich gebe zu, daß ich bis hierhin arg ökonomistisch verfahren bin. Die positiven Postulate wie auch meine Kritik leiden an angehabenen Verengungen aus der marxistischen Tradition, welche aufgehoben werden können, ohne daß ich gleich zum revisionistischen Verräter werde. (...) Ich räume ein, daß ich es mir zu leicht gemacht habe, wenn ich Sexismus, Rassismus und Neo-Eugenik der Bundesrepublik nur im Kontext der repressiven Toleranz erklärt habe, nicht aber in der Tradition des deutschen Faschismus. (...) Und die deutschen Varianten von Sexismus, Rassismus und Neo-Eugenik sind eben postfaschistisch - nicht im Sinne, daß der Faschismus etwa überwunden sei, sondern daß er nachwirkt. (...) mein anfänglicher Ökonomismus greift hier nicht."* (Georg Fülberth, "Faschismus ist nicht...", in "konkret" 8/90, S.17-19)

Für Frauen, die von der These ausgingen, daß patriarchale Herrschaft und Faschismus in bisher unerforschter Weise miteinander verschränkt sind, reichte die Arbeit in geschlechtsgemischten antifa-Gruppen nicht



mehr aus. Es bildeten sich in der 2. Hälfte der 80er Jahre feministische antifa-Gruppen, in denen sich Frauen aus der antifa-Bewegung mit Frauen aus autonomen Frauenprojekten zusammenfanden, und es stellte sich heraus, daß die antifaschistische Arbeit in der "Frauenszene" weder auf eine Kontinuität noch auf ausgeprägtes Interesse stieß. Das hat vielfältige Gründe.

Wie sich aus dem bisher Gesagten ergibt, kann antifaschistische Arbeit nur dann effektiv sein, wenn sie sich auf das gesamte gesellschaftliche Gefüge bezieht, wenn Einzelspekte wie die Frauen- und Familienpolitik auf dieser Folie behandelt werden, wenn also sowohl historische Kontinuitäten als auch der deutsche Staats- und Wirtschaftsapparat im Blickfeld bleiben.

Frauen mit einer solchen politischen Perspektive finden sich selten in feministischen Kreisen der "Frauenbewegung". Ihr Fehlen zeigt sich daran, daß hier das Frauenleben in autonomen Lebensformen, d.h. möglichst weitgehend abgeschottet von gesellschaftlichen Institutionen und Organisationen mit dem Ziel, wenigstens phasenweise selbstbestimmt leben zu können, damit einhergeht, sich auf eine politische Analyse der gesellschaftlichen Zustände nur insofern einzulassen, als diese die Belange des eigenen Lebensbereiches berühren.

Die Abgrenzung vom patriarchalen Staatssystem wird oft mit dem Ignorieren seiner Funktionsweise gleichgesetzt. Es ist wie das Leben in zwei Welten, aber daß es in diesem Staat autonome Nischen geben kann, das ist gerade illusionär, auch wenn sich damit politische Abstinenz rechtfertigen läßt. Veronika Bennholdt-Thomsen hat sie zu einer pseudoemanzipatorischen Programmatik entfaltet: *"Oder müssen wir nicht vielmehr erkennen, daß wir das gleiche Recht und den gleichen Zugang zu Geld niemals bekommen werden, und daß wir dieses Recht und Geld für dieses Leben garnicht haben wollen? (...) Es fehlt uns nicht an Geld, sondern es fehlt uns an Würde.*

*Wir brauchen unseren eigenen Stolz und unsere eigenen Kriterien der Wertschätzung, dann können wir entscheiden, wieviel Geld nötig ist und wieviel überflüssig und schädlich. Wir brauchen nicht das Prestige, das ihre Hierarchie verleiht. Wir haben unsere eigene Identität."* (Bennholdt-Thomsen, Veronika. "Die Ökologiefrage ist eine Frauenfrage", in: Die Grünen (Hg.): Frauen und Ökologie", Köln 1987, S.29-38)

Folglich kommt es erst dann zum politischen Eingreifen der Feministinnen, und das meist ohne klare politische Perspektive, wenn die Repression weit fortgeschritten und gefährlich nah ist. Jede neue Zuspitzung einer politischen Situation wird wie eine Art Schicksalsschlag mit entsprechend hohem emotionalen Aufwand wahrgenommen, schlägt unerwartet in die scheinbare Ruhe ein, erfordert einen punktuell anstrengenden Versuch, die Lage einigermaßen adäquat zu erfassen, was nur schwer gelingen kann, Resignation oder unreflektierter Aktionismus sind häufige Resultate dieser sich wiederholenden Phasen.

Als sich in Bonn 1988 die feministische antifa gründete, fragten uns Feministinnen aus dem Frauenbildungswerk, ob wir denn wegen der paar Repts ernsthaft an eine neofaschistische Gefahr in der BRD glaubten. Diese Frauen sind heute in Pro-Asyl-Gruppen aktiv geworden und initiieren antirassistische Aktionen, aber eben erst, nachdem die Überfälle auf Flüchtlinge durch die Presse gegangen waren. Fraglich ist, wie lange diese Projekte gehalten werden können. Feministische politische Arbeit eher auf ein Thema, einen Problembereich zentriert ist, wie z.B. Vergewaltigung, § 218, lesbisches Leben etc. Ich meine, daß sie sich tendenziell im sozialtherapeutischen Wirken mit feministischem Schwerpunkt erschöpft, oder an Diskontinuität leidet, weil der Motor der Aktivitäten die akute persönliche Betroffenheit ist und nicht der Überblick über die Richtung der gesellschaftlichen Entwicklung und die eigene Position



darin.

Darüber hinaus spiegeln z.B. die Programme der autonomen Frauenerholungs- und bildungseinrichtungen ein Verständnis von Fraueninteressen, das unreflektiert Mystisches, Okkultes, Biologisches, die heile Natur und eine sich im Nebulösen verlierende Gesellschaft enthält. Das alles scheinen mir Gründe dafür zu sein, daß Antifaschismus in der "Frauenbewegung" der BRD keine Kontinuität hat.

Und dennoch: Feministinnen waren mit Frauenblocks auf antinationalistischen und antifaschistischen Demonstrationen vertreten. Sie haben ihre eigenen Standpunkte in den bereits angesprochenen Bündnissen verteidigt. Aber sie haben sich in diesem Politikfeld stets auf die organisatorische Kraft der anderen verlassen. Wenn die nun nicht mehr da ist, dann scheint diese Form des öffentlichen Protestes auch für autonome Feministinnen zunächst beendet zu sein.

Wie müßte eigentlich eine feministische Theorie und Praxis aussehen, auf die Gesellschaft bezogen, in der Feministinnen leben, ob sie es wahrnehmen wollen oder nicht, eine Politik, die stärker mit diesem Staat rechnet? Wie müßten sich Feministinnen ihre Lebensformen gestalten, wie müßten sie zusammenleben und zusammenhalten, damit ihnen konkrete antifaschistische Arbeiten möglich ist?

#### **Anmerkung der Redaktion:**

Dieser Beitrag deckt sich nicht mit unseren Einschätzungen, vor allem der verwendete Politikbegriff ist ein linker, der den frauenpolitischen Ansatz des Feminismus nicht erkennt. Wir bringen den Beitrag dennoch, um eine Auseinandersetzung über antifaschistische Politik auch in der Frauenbewegung zu fördern.

## THEMEN

### **GEGEN DIE KRIMINALISIERUNG VON FRAUEN DURCH EINE NEUE "JUGENDSCHUTZVORSCHRIFT"** **Vorschläge zum strafrechtlichen Schutz von Frauen und Mädchen vor sexueller Gewalt**

**zwd Bonn:** Statt den Schwulenparagrafen endlich zu streichen, hat das Bundesjustizministerium mehr als ein Jahr über eine Ersatzvorschrift nachgedacht. Das Ergebnis ist ein Referentenentwurf, der folgende einheitliche "Jugendschutzvorschrift" enthält: "Ein Erwachsener, der eine Person unter 16 Jahren dadurch mißbraucht, daß er unter Ausnutzung ihrer Unreife oder Unerfahrenheit sexuelle Handlung an ihr vornimmt oder von ihr an sich vornehmen läßt, wird mit einer Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren oder mit Geldstrafe bestraft."

#### **Neue Kriminalisierung lesbischer Beziehungen**

Dies bedeutet zwar eine Erleichterung für homosexuelle Männer. Dieser Verbesserung steht jedoch die Neueinführung einer Kriminalisierung lesbischer und heterosexueller Beziehungen zwischen über 18jährigen Frauen und unter 16jährigen Jugendlichen gegenüber. Ein Strafbedürfnis für derartige sexuelle Beziehungen von Frauen ist in keiner Weise nachgewiesen. Der Anteil von Frauen an den Mißbrauchsdelikten gegenüber Kindern und Jugendlichen liegt bei 1,3 Prozent und ist somit marginal. Mit der Strafverfolgung könnte gegen sexuelle Beziehungen von Frauen mit Jugendlichen vorgegangen werden, auch wenn sie einvernehmlich und ohne jeden Zwang erfolgen.

#### **Vorwurf der "Unreife" trifft lesbische Beziehungen zuerst.**

Denn entscheidendes Kriterium für die Strafbarkeit nach diesem Paragraphen ist die Ausnutzung der "Unreife" oder "Unerfahren-

heit" der jugendlichen Person. Alle erstmaligen sexuellen Kontakte Jugendlicher würden erfaßt werden, da die Jugendlichen dann noch "unerfahren" im Sinne des Gesetzes sind. Der Vorwurf der Ausnutzung der "Unreife" würde mit Sicherheit in erster Linie lesbische Beziehungen treffen. Der Lesbenring e.V. weist in seiner Stellungnahme zu dem Referentenentwurf darauf hin, daß es zu den üblichen gesellschaftlichen Diskriminierungen gegenüber Lesben gehört, sie als unreif und infantil und die lesbische Beziehung als ein mit zunehmender Reife vorübergehendes Übel zu betrachten. Schon die Tatsache einer lesbischen Beziehung würde daher in Zukunft dazu führen, daß ein Strafverfahren eingeleitet werden könnte.

Auch einvernehmliche heterosexuelle Beziehungen zwischen über 18jährigen Männern und 14-16jährigen Mädchen würden erfaßt. Derartige Beziehungen entsprechen jedoch der gesellschaftlichen Norm und werden daher nicht in dem Umfang strafrechtlich verfolgt werden, wie die weniger üblichen Beziehungen älterer Frauen mit Jugendlichen und homosexuelle Kontakte. Eltern können die Strafvorschrift aber auch hier als Druckmittel gegen ihnen mißliebige Beziehungen ihrer Töchter - z.B. mit Ausländern - benutzen. Die Gefahr eines polizeilichen Einschreitens besteht jedenfalls. Die Rechtsunsicherheit, die mit der vagen Fassung der Vorschrift verbunden ist, wurde auch von den Sachverständigen der Bundesratsanhörung am 4. März 1992 kritisiert.

#### **Strategien werden gefördert, die das Opfer beschuldigen**

Wirkliche Mißbrauchsfälle können mit der vorgeschlagenen Strafvorschrift dagegen nicht oder nur unter Umständen verfolgt werden. Denn die strafbegründenden Voraussetzungen der Vorschrift beziehen sich nicht auf das Täterverhalten, sondern auf Eigenschaften oder Umstände in der Person des Opfers. Hat die jugendliche Person bereits sexuelle Erfahrungen - z.B. weil sie schon vorher von

einem Täter sexuell mißbraucht wurde - , ist der Täter nur strafbar, wenn ihr Unreife nachgewiesen wird, d.h. wenn sie nach ihrer "allgemein sittlich-geistigen Entwicklung hinter Jugendlichen ihres Alters zurückbleibt". Das Opfer muß mit diesem Makel belegt werden, um den Täter einer Verurteilung zuzuführen. Dies zwingt zu opferbeschuldigenden Strategien auf Seiten der Anklage, ähnlich wie wir sie heute schon - als Verteidigungsstrategie auf der Täterseite - insbesondere bei Vergewaltigungsprozessen kennen. **Die §§ 177 178 schützen weder Frauen noch Jugendliche**

Jede Reform von Sexualrechtsvorschriften muß sich von herkömmlichen Moralvorstellungen lösen und sich allein an dem Schutz des sexuellen Selbstbestimmungsrechts orientieren. Das bedeutet zum einen eine ersatzlose Streichung des § 175. Zum anderen ist aber ein strafrechtlicher Schutz da notwendig, wo entweder körperliche Gewalt oder indirekter Zwang angewendet wird und wo strukturelle Machtverhältnisse den sexuellen Mißbrauch begünstigen. Die Vorschriften über Vergewaltigung (§ 177 StGB) und sexuelle Nötigung (§ 178 StGB) schützen weder Frauen noch Jugendliche ausreichend vor ungewollten sexuellen Übergriffen. Hier müssen endlich die Gesetzesinitiativen zur Einbeziehung sexueller Gewalt in der Ehe und zur Erfassung aller sexuellen Übergriffe gegen den Willen der Frau verabschiedet werden.

#### **Auch Abhängigkeitsverhältnisse sind mit einzubeziehen**

Darüberhinaus ist eine Ausweitung der Vorschrift gegen die Ausnutzung von Abhängigkeitsverhältnissen Jugendlicher (174 StGB) erforderlich. Ziel dieser Vorschrift ist es, Jugendliche gegen sexuelle Übergriffe von Autoritätspersonen zu schützen. Dieser Schutz ist notwendig, da Jugendliche sich häufig in Abhängigkeitsverhältnissen befinden, in denen sie ihren übergeordneten Personen gegenüber überstehen, deren sexuellen Übergriffe sie sich auf Grund ihrer unterlegenen Position

nicht entziehen können. Allerdings ist diese Vorschrift nur auf sogenannte Betreuungsverhältnisse sowie Dienst- und Arbeitsverhältnisse beschränkt. Eine Reihe von Urteilen, in denen Freisprüche erfolgten, zeigten, daß diese Vorschrift zu eng gefaßt ist, z.B.:

- Im Falle eines Berufsschullehrers, der sexuelle Handlungen an einer Schülerin seiner Schule vornahm, die er nicht selbst unterrichtete.
- Bei sexuellen Handlungen eines Arztes an seiner jugendlichen Patientin.
- Bei sexuellen Handlungen eines Fahrlehrers an seiner Fahrschülerin.

In all diesen Fällen haben die Gerichte die Strafbarkeit sexuellen Mißbrauchs mangels eines "Betreuungsverhältnisses" abgelehnt. Bei Ausbildungs- und Arbeitsverhältnissen ist sexueller Mißbrauch nur strafbar, wenn der Täter der jugendlichen Person unmittelbar übergeordnet und ihr gegenüber weisungsbefugt ist. Gerade in größeren Betrieben besteht vielfach kein direktes Unterordnungsverhältnis, dennoch nutzen häufig Täter ihre überlegene Stellung im Betrieb zu sexuellen Übergriffen an Jugendlichen - ganz überwiegend Mädchen - aus. (vgl. insbesondere die BMJFFG-Studie "Sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz", 1990)

## LITERATUR

### LEHRSTÜCK EINER UNAUFFÄLLIGEN VERGEWALTIGUNG

Elisabeth Lindenthal/Edith Ihnenberger  
Innsbruck 1992

Die beiden Innsbruckerinnen (Psychotherapeutin, Pädagogin) analysieren eine Fernsehdiskussion im Österreichischen Fernsehen, (in der Sendereihe **Argumente**, zum Thema Kindesmißhandlung und sexueller Mißbrauch von Kindern. Sie weisen mit ihrer Analyse auf ein neu entstandenes Problem hin: die durch jahrzehntelange Arbeit von

Feministinnen geschaffene Öffentlichkeit zum Thema sexuelle Gewalt gegen Frauen und Mädchen (Vergewaltigung, sexueller Mißbrauch, sexuelle Übergriffe am Arbeitsplatz) schlägt tendenziell von anfänglicher Betroffenheit und Unsicherheit im Umgang mit dem Thema um in neue Abwehrstrategien, die im wesentlichen der Maxime folgen: "Männer dürfen nicht als Täter und der sexuelle Mißbrauch nicht als Verbrechen benannt werden." (S.18)

1. Das **Verdecken/Unsichtbarmachen** der (Männer als primäre) **Täter** geschieht durch die Herausstellung der (Tat-) **Familien** (als häufigstem Ort der Tat) als solche die ihre Konflikte nicht bewältigen, denen als Systemen **geholfen** werden müsse. Die Hilfe für die Opfer tritt in den Hintergrund familienunterstützender und stärkender Maßnahmen, des Systems also, das sich für sexuell mißbrauchte Mädchen (und Jungen) als die eigentliche Gefahr erwiesen hat. Dieser Ansatz wirkt sich als Täterschutz aus. Es ist leider so, daß immer mehr die Tendenz dazu geht, alles für die Täter und nichts für die Opfer ....", stellt eine Wiener Kriminalbeamtin in der Diskussionsrunde fest. (S.56) "Das Verstecken hinter der Abstraktion 'Familie und Ehe'" schreiben die Autorinnen, "erspart in erster Linie den Männern das Eingeständnis einer individuellen Schuld und verhindert die Übernahme einer Eigenverantwortung" (S.51)

2. Sexueller Mißbrauch wird zunehmend geschlechtsneutral benannt, wodurch die spezifischen Bedingungen die auf die Verursachung des Deliktes verweisen, **verschwinden**: die primäre Tatsache des Mißbrauchs durch Männer, die Idee der sexueller Verfügbarkeit des weiblichen Geschlechts für Männer im Rahmen der patriarchalen Geschlechterhierarchie und ihrem Ausdruck in Ehe und Familie, die besonderen Umstände, die den sexuellen Mißbrauch von Jungen ermöglichen, die Notwendigkeit geschlechtsspezifischer getrennter Maßnahmen.

3. Die 'neue' Kinderschutzbewegung meldet

sich in den letzten Jahren verstärkt auch zum Problem des sexuellen Mißbrauchs, überträgt jedoch dabei ihre Interpretationen und Handlungskonzepte ("Hilfe statt Strafe") zur körperlichen Gewalt gegen Kinder unverändert auf den sexuellen Mißbrauch. Damit handeln sie sich von der Frauenbewegung das Urteil der fachlichen Inkompetenz, des Täterschutzes, der Ignoranz gegenüber der Geschlechterhierarchie, der Systemstabilisierung durch den familiendynamischen Ansatz und der völligen Verkennung der gesellschaftlichen Ursachen und Bedeutung des sexuellen Mißbrauchs von Mädchen und Jungen ein.

Als Vertreter der Kinderschutzbewegung in der ORF-Runde, reproduziert Reinhard Wolff die Grundlage für einige der genannten Vorwürfe, z.B. in der grundsätzlich falschen Einschätzung, "natürlich von konservativer Seite (werde der sexuelle Mißbrauch) immer wieder gerne hochgepuscht" und der gleichfalls (irrigen) Fehlaussage: "heute soll es weltweit nur die Strafe und Verfolgung von Familien geben und das ist ein Ersatzopferfest". (S.47) Weiter auf nicht nachvollziehbaren Abwegen greift er frontal die Kriminalbeamten in ihrer Einstellung, der Täter sexuellen Mißbrauchs dürfe nicht straffrei bleiben, das käme einem Freibrief gleich, an: "Sie können Ihr Zeug ruhig machen... Sie schützen keine Kinder, sie verfolgen Täter..., aber das hat mit Kinderschutz nichts zu tun, absolut nichts." (S.64)

Auf diese Weise disqualifiziert sich der "Kinderschutz" selbst, wenn Kinder nicht vor den Tätern sexueller Gewalt geschützt werden, die, wie inzwischen bekannt ist, in der Regel sowohl chronische Langzeittäter mit gezielter Planung ihr Leben lang (vom Jugendlichen bis zum Großvater) als auch häufig Mehrfachtäter sind. Sexueller Mißbrauch ist keine Affekthandlung und kein Krisenbewältigungsinstrument! Die Behauptung des Kinderschutzes ist, so gesehen, nichts als Verarschung - als Täterschutz.

Aber neben all diesen äußerst unerfreulichen Fakten und der sattsam bekannten Frauenfeindlichkeit und Frauenunterdrückung, transportiert die Arbeit der beiden Innsbruckerinnen noch einen wichtigen Appell: Ihre Analyse der ORF-Sendung erbrachte, daß trotz des zahlenmäßigen Übergewichts von Frauen (9:7) in derartigen Fernseh-Runden, diese nicht in der Lage waren, sich gegenseitig zu unterstützen und die Diskussion mit ihren Erfahrungen und Einschätzungen zu bestimmen statt sie durch - zumindest zum Problem des sexuellen Mißbrauchs - absolut inkompetente Männer in eine für den Kampf gegen sexuellen Mißbrauch absolut schädliche Richtung gehen zu lassen. "Die Frauen waren aber damit beschäftigt, ihren Platz gegen die Männer zu finden und zu behaupten und vernachlässigten die Beziehung untereinander." (S.70) Ihren Aufruf, sich in solchen Situationen mit den anwesenden Frauen zu vernetzen, sich ihnen zuzuwenden, ihnen Wert zu verleihen durch Bezugnahme auf ihre Beiträge, durch gegenseitige Ansprache und Einbeziehung, finde ich äußerst wichtig für alle zukünftigen Auftritte von (uns) Frauen in den Medien, um uns patriarchaler Kontrolle und gezielter Falschinformation zu entziehen.

*Anita Heiliger*

Das Buch hat (nur) 92 Seiten und ist direkt zu beziehen bei: Psychologische Praxis Dr. Elisabeth Lindenthal, Sielgasse 7, A-6020 Innsbruck, Tel. 0512/576330.

## **VERGEWALTIGUNG**

**Schweigen? Anzeigen?**

**Angreifen? Anprangern?**

Diese Broschüre ist geschrieben von einer Göttinger Frauengruppe, nachdem eine ihrer Frauen vergewaltigt worden war und einen Prozeß gegen den Vergewaltiger geführt hatte. Sie ist geschrieben für Frauen, die sich in gleicher Situation befinden oder die sich Gedanken machen wollen, wie Frauen auf Vergewaltigungen reagieren können. Unse-

re Frauengruppe besteht schon fünf Jahre und wir haben zum Teil schon vorher und dann gemeinsam unsere Erfahrungen mit der bürgerlichen Justiz gemacht. Wir wissen, daß Polizei und Justizapparat Leute wie uns verfolgen, wenn wir unsere Kritik an diesem Staat nicht nur laut sagen, sondern für die Veränderungen auch etwas tun.

Trotzdem mußten wir in dieser Diskussion feststellen, daß uns unsere Erfahrungen allein nicht ausreichen, um zum Beispiel die Frage, ob "Anzeige - Ja oder Nein?" bei Vergewaltigung zu entscheiden. Unsere Erfahrung war, daß es wenig Geschriebenes gibt, das Frauen helfen kann, mit dieser Situation umzugehen. Wir liefern keine fertigen Antworten, sondern beschreiben unsere Widersprüche und wollen damit zum Denken und Diskutieren anregen. Der Schwerpunkt liegt auf persönlichen Eindrücken und den Prozessenerfahrungen. Informationen werden zu konkreten Prozeßvorbereitungen geliefert, ansonsten verweisen wir auf dazu vorhandene Stellen und Material.

Die Broschüre hat 60 Seiten und kostet 6.- DM. Sie ist zu bestellen bei: Laura - Göttinger Frauen- und Kinderbuchladen, Burgstr.21, 3400 Göttingen, Stichwort: Miss Marple. Einzelexemplare nur gegen Verrechnungsscheck. (6.- + Porto = 6.80)

### **MÄDCHEN IN DER JUGENDHILFE**

*Dokumentation einer Fortbildungsreihe*

Das Ministerium für Frauen, Arbeit, Gesundheit und Soziales und das Landesjugendamt des Saarlandes haben die dritte Dokumentation der gleichnamigen Fortbildungsreihe "**Mädchenarbeit und Koedukation - Neue Wege in der Jugendhilfe**" vorgelegt. Sie dokumentiert schwerpunktmäßig Beiträge zu den Themen

- sexuelle Ausbeutung
- Öffentlichkeitsarbeit
- ausländische Mädchen
- Mädchenarbeit in Heimen und Wohngruppen

Im Herbst soll auch die 4. Dokumentation vorgelegt werden. Die Broschüren bieten neben grundsätzlichen Informationen auch Anregungen für die praktische Arbeit.

Sie ist zu einem Unkostenbeitrag von 7.50 DM beim Landesjugendamt des Saarlandes, Malstatter Markt 11, 6600 Saarbrücken, Tel. 0681/49037-38 erhältlich.

### **WIDER DAS SCHLICHTE VERGESSEN**

**Der deutsch-deutsche Einigungsprozeß:**

**Frauen im Dialog**

*Christiane Kulke, Ulrike Ramming, Heidi Kopp-Degethoff (Hg.)*

Frauen sind in besonderer Weise von den Folgen des deutsch-deutschen Einigungsprozesses betroffen. Der Dialog zwischen Frauen ist der erste Schritt auf dem Weg des Ringens um Selbstbehauptung.

Bekannte Sozialwissenschaftlerinnen aus den neuen und alten Bundesländern reflektieren Theorien und Erfahrungen aus zwei verschiedenen Gesellschaftssystemen. Vor dem Hintergrund der sich derzeit vollziehenden Geschichtsverleugnung sprechen sie zu Fragen wie:

- Wie nehmen wir die Veränderungen des Geschlechterverhältnisses im neuen deutschen Patriarchat wahr?
- Wie verarbeiten wir die gegenwärtigen politischen Prozesse?
- Was bedeutet dieser Einigungs-/Übergabe-/Übernahmeprozess für unsere politischen Identitäten?

Orlanda Frauenverlag, ISBN 3-922166-830, Preis DM 29.80

**WAS IST KOFRA**

Die Initiative KOFRA gibt es seit Ende 1981, seit November 1983 haben wir eigene Räume in der Baldestr.8. KOFRA ist ein autonomes Selbsthilfeprojekt von Frauen zu ihrer beruflichen Situation. Wir sind ein gemeinnütziger Verein, dem jede Frau beitreten sollte, die unsere Initiative unterstützen möchte. Durch die Vereinsbeiträge unterhalten wir das Zentrum. Drei bezahlte Arbeitskräfte werden über einen Zuschuß vom Sozialreferat der Stadt München finanziert. KOFRA versteht sich als Rahmen, der Frauen zur Verfügung steht, um ihre Interessen selbst in die Hand zu nehmen. Die Räume stehen für Treffen zur Verfügung. Wir geben Hilfestellung zur Bildung von Selbsthilfegruppen und nehmen jede Anregung für Veranstaltungen, Diskussionen und Aktionen gerne auf und geben organisatorische Unterstützung und Beratung, wenn Frauen oder Gruppen zur Thematik Frauen und Arbeit aktiv werden wollen.

**UNSERE ZIELE: Die Ziele von KOFRA sind im Konzeptpapier folgendermaßen formuliert:**

“Das Zentrum soll das Bewußtsein über die vielfältigen offenen und verborgenen Formen der Diskriminierung von Frauen im Arbeitsbereich sowohl in uns selbst als auch in der Öffentlichkeit fördern und dazu beitragen, diese Situation zu verändern, indem wir handlungsfähiger werden, unsere Interessen gemeinsam zu vertreten und durchzusetzen.

Es soll ein Ort sein, an dem wir unsere Arbeitssituation diskutieren können, uns Probleme mitteilen und versuchen, sie gemeinsam zu lösen. Mit dem Zentrum wollen wir die Isolation in der Arbeit aufheben und uns gegenseitig unterstützen, wenn wir diskriminiert, ausgebeutet, benachteiligt und gezwungen werden, Inhalte und Arbeitsformen zu vertreten, die unsere eigenen Interessen und unserer Identität entgegenlaufen”.

**UNSERE PRAXIS: Seit der Eröffnung hat KOFRA eine kontinuierliche Entwicklung gemacht:**

Frauen aus verschiedensten Berufs- und Lebensbereichen haben begonnen, sich der Verwirklichung vielfältiger und spezifischer Ziele zu organisieren - manche haben bereits ihr eigenes Projekt gegründet wie z.B. I.M.M.A., die “Initiative Münchner Mädchenarbeit”, mit dem MÄDCHENTREFF “Mädchenpower”, einer Kontakt- und Informationsstelle für Pädagoginnen und der Zufluchtstelle für Mädchen in Not- und Krisensituationen, ferner ERGO - Frauen aktiv im Alter und die Amazonen - Sportfrauen.

Durchschnittlich 10 Gruppen arbeiten regelmäßig an ihren Zielen in wöchentlichen, 14-tägigen oder monatlichen Treffen. Daneben beraten Fachfrauen in Rechts- und Sozialfragen, führen wir öffentliche Diskussionen und größere Veranstaltungen durch und bieten von Zeit zu Zeit Kurse an, wie z.B. Durchsetzungstraining oder Berufsentwicklungstraining. Die KOFRA-Organisationsfrauen gewährleisten den strukturellen Rahmen für die inhaltliche Arbeit durch eine Menge Hausarbeit, durch die gesamte Büroabwicklung mit Finanzen, Anfragebeantwortung, Anträgen, Öffentlichkeitsarbeit, Institutionenkontakte sowie durch eine Reihe von Serviceleistungen: Das KOFRA-Cafe, der Fachbibliothek, die Zeitschriften und das Archiv, individuelle Gespräche und Telefondienst sowie unsere Frauensauna, die wir als eigenständiges Projekt, das unsere Kopfarbeit ergänzt, im Keller unseres Hauses mit allem Komfort ausgebaut haben.

Alle 2 Monate bringen wir unsere eigene Zeitschrift heraus: ZEITSCHRIFT FÜR FEMINISMUS UND ARBEIT, die im Abonnement von uns bundesweit vertrieben wird und Nachrichten sowie Termine zum Thema Feminismus und Arbeit - jedes Heft steht unter einem Schwerpunkt mit ausführlichen Artikeln.

---

**ABONNEMENT**

Jahresabonnement 6 Ausgaben in ca. 2-monatiger Folge: DM 26.- (incl. Mwst. und Porto). es verlängert sich automatisch um das folgende Jahr, wenn es nicht 2 Monate vor Ablauf des Bezugsjahres gekündigt wird. Diese Bestellung kann innerhalb von 2 Wochen bei Kofra widerrufen werden.

Name \_\_\_\_\_

Adresse \_\_\_\_\_

Bitte überweise das Geld entweder auf das Konto Nr. 79 055 00 bei der Bank für Sozialwirtschaft, Bankleitzahl 700 205 00 oder gib Kofra eine Einzugsermächtigung, die Du dann an: Kofra e.V., Baldestr.8, 8000 München sendest. Vielen Dank! Von den bisherigen Ausgaben möchte ich noch folgende bestellen:

---

**Einzugsermächtigung**

Ich beauftrage das "Kommunikationszentrum für Frauen zur Arbeits- und Lebenssituation e.V.", DM 26.- für ein Jahresabonnement ihrer Zeitschrift von meinem Konto:

Nr \_\_\_\_\_

bei \_\_\_\_\_

Bankleitzahl \_\_\_\_\_

abzubuchen.

Unterschrift \_\_\_\_\_

---

**BISHERIGE SCHWERPUNKTE:**

- Nr. 10/84 Arbeitslosigkeit (vergriffen)
- Nr. 11/84 Frauennetzwerk zur Arbeitssituation I (vergriffen)
- Nr. 12/84 Neue Technologien und Widerstand (vergriffen)
- Nr. 13/84 Feministische Mädchenarbeit (vergriffen)
- Nr. 14/85 Gleichstellungsstelle (vergriffen)
- Nr. 15/85 Sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz (vergriffen)
- Nr. 16/85 Alternativen zur Arbeitslosigkeit (vergriffen)
- Nr. 17/85 Arbeitsplätze selber schaffen (vergriffen)
- Nr. 18/85 Feministische Wissenschaft
- Nr. 19/85 Frauen - Geld -Feminismus
- Nr. 20/86 Feministische Mädchenarbeit II (vergriffen)
- Nr. 21/86 Kofra über Kofra - 2 Jahre Projektarbeit
- Nr. 22/86 Frauennetzwerk zur Arbeitssituation II
- Nr. 23/86 Arbeitssituation von Lesben
- Nr. 24/86 Frauen und Karriere
- Nr. 25/86 Frauenprojekte
- Nr. 26/87 Autonomie gegen Integration
- Nr. 27/87 Finanzierung von selbstorganisierten Projekten
- Nr. 28/87 Staatsknete für Frauenprojekte
- Nr. 29/87 Dokumentation Kongreß zur autonomen Frauenpolitik
- Nr. 30/87 Zur feministischen Kritik an der Koedukation
- Nr. 31/87 Institutionalisierte Frauenpolitik - Eine Politik für Frauen?
- Nr. 32/88 Frauenförderung und Quotierung als Befriedungsstrategie?
- Nr. 33/88 Frauenförderung an den Hochschulen
- Nr. 34/88 Frauen und Handwerk
- Nr. 35/88 Subsistenzwirtschaft
- Nr. 36/88 Ein Mädchenhaus in München - Dokumentation
- Nr. 37/88 Feministische Strategien in Naturwissenschaft und Technik
- Nr. 38/88 Südkorea, IWF und Frauenarbeit
- Nr. 39/89 5 Jahre Kofra
- Nr. 40/89 Frauensport - als selbstbestimmte Bewegung
- Nr. 41/89 Gynäkologie und Selbsthilfe
- Nr. 42/89 Frauenreisen (vergriffen)
- Nr. 43/89 Gemeinnützigkeit - als politische Kontrolle
- Nr. 44/89 Frauen und Musik
- Nr. 45/90 Frauen in der Architektur und Planung
- Nr. 46/90 Instrument Frau - die politischen Machtverhältnisse um den § 218
- Nr. 47/90 Weg mit dem § 218
- Nr. 48/90 Sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz (vergriffen)
- Nr. 49/90 Frauenforschung und Feminismus
- Nr. 50/91 Feministische Mädchenpolitik (vergriffen)
- Nr. 51/91 Rassismus von Frauen (vergriffen)
- Nr. 52/91 Autonomie
- Nr. 53/91 Prostitution als Beruf
- Nr. 54/91 Rückschlag oder Zunder für die Frauenbewegung?  
Zur Vereinigung Deutschlands aus der Sicht der autonomen Frauenbewegung
- Nr. 55/91 Sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz
- Nr. 56/92 Glück in Frauenprojekten?
- Nr. 57/92 Zur Akzeptanz der lesbischen Lebensweise
- Nr. 58/92 Gewalt hat ein Geschlecht

*Kofra*

Kommunikationszentrum für Frauen zur Arbeitssituation e.V.